



Protokoll

6. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 1. Dezember 2014, 18:00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag der Sekundarstufe Uster betreffend Voranschlag 2015
(Antrag Nr. 12/2014)
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2015-2018/Globalbudgets 2015 und
und Finanzplanung 2016 – 2018
(Anträge Nr. 2/2014 und 14/2014)
- 5 Investitionen des Voranschlages 2015
- 6 Festsetzung des Steuerfusses 2015
- 7 Schlussabstimmung

Präsenz

Vorsitz	Walter Meier, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Walter Strucken
Unentschuldigt	
Verspätet:	Deborah Bernhard (ab Traktandum 4.2) Roman Ehrbar (ab Traktandum 3) Theo Zwald (ab Traktandum 4.2)
Presse	Christian Brüttsch, AvU Eduard Gautschi, Der Züricher Oberländer Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenaufgabe.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 5. Sitzung des Gemeinderates vom 3. November 2014 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der Sekundarstufe Uster betreffend Voranschlag 2015 (12/2014)

Rolf Denzler als Näniker befindet sich bei diesem Geschäft im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

*Geschätzter Herr Präsident
Werte Anwesende*

Die Kommission für Bildung und Kultur hat anlässlich ihrer Sitzung vom 17. November 2014 den Voranschlag 2015 der Sekundarschule Uster behandelt.

Das Budget für 2015 schliesst mit einem Verlust von 2.3 Millionen Franken ab und plant Investitionen von 6.8 Millionen Franken. Der Steuerfuss soll weiterhin 18 % betragen. Gemäss der SSU steigen die Ausgaben stärker als die Erträge. Trotz hohem Defizit bleibt der Cash Flow im 2015 positiv. Zur Zeit ist die Finanzlage noch nicht dramatisch, allerdings wird mit der Notwendigkeit einer Steuerfusserhöhung fürs nächste Budget gerechnet. In der Finanzplanung wird deshalb auch ab 2016 mit einem Steuerfuss von 19% gerechnet, so dass die Defizite auf 1 Million Franken reduziert werden können. Gegen Ende der Planung wird der Rechnungsausgleich nur noch knapp verfehlt.

Grundsätzlich findet ein langsamer Anstieg der Schülerzahlen statt. Es wurde jedoch eine hohe Anzahl an Schülerinnen/Schülern für die Abteilung A gemeldet. Die Einteilung wird jedoch von der Primarschule vorgenommen und die SSU erlebt diese als sehr sorgfältig. Die Auf-/Abstufungen liegen in einem Rahmen von 6%.

Thematisiert wurde die „Umsetzung einer Prozesslandkarte“. Die SSU will in Partnerschaft mit der Stadt Uster ein Prozessmanagement einführen. Die Prozesslandkarte soll sämtliche Prozesse strukturieren und bei der Einordnung und Gliederung derselben helfen.

Das spur+-Team – so heisst das Time-Out-Projekt - hat einen grossen Einsatz geleistet, um ihr Angebot auf allen Ebenen und in allen Schulgemeinden des Kantons bekannt zu machen. Das Team hat am 1. Oktober mit einer gut gefüllten Auftragsmappe gestartet.

Zur Leistungsgruppe Unterricht auf Seite 9: Durch geringere Vollzeiteinheiten und infolge neuer Kostenzuteilung konnten die Nettokosten gesenkt werden. Auch die Klassengrössen wurden ebenfalls den kantonalen Grössen angepasst und optimiert.

Grundsätzlich erlauben die Anstellungsbedingungen und der Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal keine bewusste Personalpolitik. Insgesamt werden die Personalkosten weiterhin steigen. Unter anderem durch eine vom Kanton verhängte „Einmalzulage“, die das Budget zusätzlich mit 45'000 bis 50'000 Franken belastet.

Nicht sehr relevant, dafür interessant... Die Erziehungsberechtigten legen sehr viel Wert darauf, dass ihre Kinder eine hohe Schulausbildung geniessen können. Am Übertrittsabend ist der Informationsstand des Gymnasiums der meistbesuchte Stand; während der Stand der C-Abteilung in aller Regel überhaupt nicht besucht wird. Seit dem Ausbau der Gymivorbereitungskurse steigen die Zahlen der Schüler fürs Gymnasium. Aktuell total 115 Schüler/innen, wovon die SSU 80 bezahlt.

Die Anmeldungen beim SPD sind sprunghaft angestiegen. Die Leistung Fachstelle Sonderpädagogik ist dabei, dies zu analysieren und mögliche Szenarien daraus abzuleiten.

Zur Zeit ist die SSU vor allem mit dem Erweiterungsbau und dem neuen Schulhaus Krämeracker beschäftigt. Beim Erweiterungsbau Weidli liegt die SSU aktuell zwei Monate vor dem Zeitplan.

Sowohl die KBK als auch die RPK haben dem Voranschlag der Sekundarschule Uster mit einem Globalkredit von 25'551'000 Franken und dem Steuerfuss von 18% einstimmig zugestimmt.

Für die KBK: Claudia Wyssen

Markus Wanner

Mit unserem Eintretensreferat möchten wir uns nicht generell zu den Leistungen der einzelnen Geschäftsfelder äussern, sondern zur finanziellen Lage der Sekundarstufe.

Seit Jahren zeigt die Finanzplanung der Sekundarstufe, dass die finanzielle Zukunft alles andere als rosig aussieht. Auch dieses Jahr das gleiche Bild. Das Budget weist ein Defizit von CHF 2,3 Mio. auf. Wie ist nun dieses Defizit zu bewerten? Ist das viel? Ist das etwas Einmaliges?

Einmalig ist es sicher nicht. Wenn man Zeitperiode 2012 bis 2017 betrachtet kommen wir auf ein kumuliertes Defizit von CHF – 8,1 Mio. Das Nettovermögen von CHF 6 Mio. verwandelt sich in dieser Zeit in eine Nettoschuld von CHF 4 Mio. Gleichzeitig wissen wir, dass Investitionen in die Erweiterung des Schulraums anstehen.

Das Defizit 2015 von CHF 2,3 Mio. sind 9% des Gesamtertrages. Die berühmterbüchtigte EU-Maastrichtgrenze von 3% Defizit wären damit überschritten. Was meinen Sie, was wären 9% Defizit des Gesamtertrages in der Rechnung der Stadt Uster? CHF 5 Mio.? CHF 10 Mio.? Nein, mit diesen Zahlen würden wir noch falsch liegen. 9% Defizit vom Gesamtertrage wären CHF 21 Mio.

Bei den Leistungen der Sekundarstufe sind viele mehr oder weniger vorgeschrieben durch den Kanton. Das ist richtig so. Wir wollen keinen Konkurrenzkampf in der Bildung auf Gemeindeebene. Die Qualität der Schule hat nichts mit dem Standort zu tun, jedes Kind soll die gleiche Bildung erhalten, an der Goldküste, in Winterthur, in Uster, das ist Chancengleichheit. Und trotzdem spricht die Sekundarstufe in der Botschaft des Präsidenten zum Voranschlag 2015 Zitat „Die Prognosen haben uns dazu bewogen, dieses Jahr beim Budgetprozess noch restriktiver vorzugehen. Die Verantwortlichen wurden aufgefordert, Einsparungen in allen Bereichen vorzunehmen“. Das ist ihnen scheinbar gelungen, denn der Aufwand ist rund CHF 600'000.- tiefer als im Vorjahr, und das bei einer steigenden Bevölkerungsentwicklung.

Ein Defizit korrigieren kann man nicht nur, indem man Leistungen kürzt. Da müssen auch die Erträge geprüft werden. Und das ist bis jetzt nicht passiert. Das hat uns enttäuscht, da hätten wir von der Sekundarstufe ein anderes Vorgehen erwartet.

Wir werden also zu zukünftigen Leistungskürzungen, ohne dass auch die Erträge angepasst werden, niemals ja sagen.

Roman Ehrbar kommt hinzu.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Steuerfuss

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

Der Steuerfuss zur Deckung des Aufwandes der Sekundarschulgemeinde Uster wird auf 18 % (Vorjahr 18 %) des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.

Abstimmung Voranschlag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

Der Voranschlag 2015 und die Investitionsrechnung der Sekundarschulgemeinde Uster werden genehmigt.

4 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2015-2018/Globalbudgets 2015 und Finanzplanung 2016 bis 2018 (Anträge Nr. 2/2014 und 14/2014)

Finanzvorstand **Cla Famos** referiert zum Voranschlag 2015.

4.1 Überblick von Cla Famos

Einleitung

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne stelle ich Ihnen heute Abend den Bericht zum Voranschlag 2015 mit der Finanzplanung 2016-2018 vor. Es handelt sich hier um die Weisung Nr. 14, welche der Stadtrat am 16.09.2014 genehmigt hat. Im Gegensatz zum Vorjahr, wurde heuer auf den Novemberbrief verzichtet, da aktuell mit keinerlei grösseren Änderungen zu rechnen ist. Das heisst, das durch den Stadtrat verabschiedete Zahlenwerk blieb unverändert.

Nebst dem nun in Rede stehenden Bericht zum Voranschlag haben Sie auch mit der Weisung Nr. 2 die Leistungsaufträge 2015-2018 und die Globalbudgets 2015 erhalten. Es sind 17 Leistungsaufträge mit ihren Budgets sowie separat, die Berechnungen der Parlamentarischen Dienste zu beurteilen.

Ich werde Ihnen nun vorab einige Zahlen zur Hochrechnung 2014 präsentieren. Dann möchte ich Ihnen eine Gesamtübersicht für das kommende Jahr 2015 aufzeigen. Die einzelnen Zahlen und Daten der 17 Geschäftsfelder (+ Parlament) werde ich, wie üblich, hier nicht näher kommentieren. Diese sind in der Weisung Nr. 2 detailliert aufgeführt. Das Globalbudget entspricht der Jahresplanung 2015 und beinhaltet den Globalkredit, den Leistungsauftrag für die nächsten 4 Jahre mit Indikatoren und Kennzahlen, die Übersicht der besetzten Stellen und die Investitionen im jeweiligen Geschäftsfeld. Die Weisungen Nr. 2 und Nr. 14 sind heute, inklusive den bereits erfolgten Beratungen in den Sachkommissionen, vom Gemeinderat zu verabschieden. Auch wenn ich hier nicht auf die einzelnen Geschäftsfelder einzeln eingehe, möchte ich Folgendes festhalten: Der Stadtrat hat im Sinne einer Gesamtschau ein vertretbares Budget verabschiedet, das von allen Abteilungen getragen wird. Der Stadtrat lehnt deshalb sämtliche Kürzungs- und Erhöhungsanträge ab, welche in den Kommissionen gestellt worden sind.

Die vom Stadtrat verfolgten „Finanzpolitischen Ziele“ werden mit dem vorliegenden Bericht für das Budgetjahr 2015 mehrheitlich erfüllt. Für die kommenden Planjahre sind jedoch weitere Anstrengungen notwendig, damit auch in Zukunft eine positive Zielerreichung erreicht werden kann.

Hochrechnung 2014

Für das laufende Geschäftsjahr 2014 wurde anfangs Dezember 2013 im Voranschlag ein Aufwandüberschuss von 0,442 Mio. Franken verabschiedet. Im heute in Rede stehenden Bericht „Voranschlag 2015“ (Weisung Nr. 14) gehen wir von einem Aufwandüberschuss von 2,478 Mio. Franken aus. Entgegen der publizierten Hochrechnung 2014, können die Rückstellungen zur BVK-Sanierung nicht aufgelöst werden. Das Gemeindeamt des Kantons Zürich hat die Gemeinden am 24. Oktober 2014 informiert, dass grundsätzlich eine Auflösung nur bei einem Deckungsgrad von 114.8 Prozent erfolgen kann. Auf der anderen Seite werden aber die Globalkredite voraussichtlich nicht ausgeschöpft. Zudem gehen wir aufgrund der effektiven Investitionstätigkeit im laufenden Jahr von tieferen Abschreibungen aus. Deshalb gehen wir aktuell immer noch von einem Aufwandüberschuss aus. Das genaue Ergebnis für das Haushaltsjahr 2014 wird im März 2015 vorliegen.

Voranschlag 2015

Der Voranschlag 2015 zeigt in der laufenden Rechnung, bei einem Aufwand von 232,7 Mio. Franken und einem Ertrag von 230,2 Mio. Franken, ein Defizit von 2,5 Mio. Franken auf. Im Ergebnis wiederum enthalten sind die ausserordentlichen Abschreibungen von 5 Mio. Franken, welche freiwillig budgetiert wurden. Im Vergleich zum Voranschlag 2014 konnte der Gesamtaufwand um 3,4 Mio. Franken gesenkt werden. Die beantragten Globalkredite liegen um 0,4 Millionen Franken tiefer. Sämtliche Geschäftsfelder haben das vorliegende Zahlenwerk mitgetragen.

Das Ergebnis der Finanzierung liegt gegenüber dem VA 2014 um 2,5 Mio. Franken tiefer bei 104 Mio. Franken (Vorjahr 106,5 Mio. Franken). Die negative Abweichung ist hauptsächlich auf einen deutlich tieferen Ressourcenzuschuss und höhere Abschreibungen zurückzuführen. Positiv ist zu vermerken, dass der Stadtrat von höheren Steuereinnahmen im 2015 ausgeht.

Der tiefere Ressourcenzuschuss ist aufgrund der höheren relativen Steuerkraft von Uster im 2013 und des tieferen kantonalen Mittels zustande gekommen. Für die Finanzplanjahre geht der Stadtrat aber von einem steigenden Ressourcenzuschuss aus, da gemäss neuesten Erkenntnissen, dass kantonale Mittel wieder ansteigen wird. Neben den eingeplanten ausserordentlichen Abschreibungen von 5 Mio. Franken schlagen die ordentlichen Abschreibungen mit 11,2 Mio. Franken zu Buche (Vorjahr 10,3 Mio. Franken). Der Cashflow 2015 inkl. Spezialfinanzierungsbereiche beträgt gemäss unseren Berechnungen rund 13,5 Mio. Franken.

Bei den Investitionen stehen im Verwaltungsvermögen Nettoinvestitionen in der Höhe von 32,4 Mio. Franken an. Alleine die Sanierung und Erweiterung des Hallenbades ist mit 10 Mio. Franken im 2015 eingestellt. Der Selbstfinanzierungsgrad inkl. Spezialfinanzierungsbereiche beträgt gemäss der Planung 42%, was bedeutet, dass wir die verbleibenden 58% aus dem Nettovermögen beziehen müssen. Da diverse Grossprojekte wie die Sanierung und Erweiterung Hallenbad, der Neubau Schulhaus Krämeracker, die Sanierung und Erweiterung Dammstrasse sowie die Sanierung „Untere Farb“ bereits in Ausführung, resp. in eine vertiefte Projektierung mit Kostenfolge gelangen werden, muss in Zukunft zur Sicherstellung der Liquidität und der Finanzierung der erwähnten Investitionen neues Fremdkapital aufgenommen werden.

Ein weiterer Abbau der Fremdverschuldung wird deshalb nicht mehr möglich sein. Aktuell wurde im August ein neues Darlehen von 10 Mio. Franken über 8 Jahre zu 0,74 Prozent aufgenommen. Per Ende 2014 rechnen wir deshalb mit langfristigen Schulden exkl. Personalanlagekonten von 30 Mio. Franken. In einer Zeitphase tiefster Zinsverhältnisse, werden wir auch im 2015 Terminabschlüsse für neue mittel- bis langfristige Darlehen (Fremdfinanzierung) prüfen um die in Zukunft anstehenden, hohen Investitionen möglichst zinsgünstig finanzieren zu können. Vorderhand basieren wir bei unseren Überlegungen aber auch auf kurzfristige Übergangsfinauzierungen, welche jederzeit auf länger laufende Darlehen umgestellt werden können.

Stadträtliche „Finanzpolitische Ziele“

Die bestehenden „Finanzpolitischen Ziele“, welche vom Stadtrat im Herbst 2010 genehmigt wurden, sind auch in den Voranschlag 2015 eingeflossen. Die Ziele sollen aufgrund der neuen Berechnungsgrundlage (Finanzausgleich) voraussichtlich den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Während der Finanzplanperiode 2016 bis 2018 ist die Einhaltung einzelner finanzpolitischer Ziele stark gefährdet. Mit den zu erwartenden Cash Flows wird man die Investitionen der Zukunft nur noch teilweise finanzieren können. Der Abbau des Nettovermögens wird aufgrund der nun anlaufenden Grossinvestitionen beträchtlich sein und gemäss vorliegenden Planungsdaten würde der vom Stadtrat festgesetzte Mindestwert von 1'000 Franken je Einwohnenden in naher Zukunft unterschritten werden. Aufgrund der starken Steuersenkung in vielen Gemeinden des Kantons Zürich hat sich der Steuerfuss der Stadt Uster – obwohl er in absoluten Zahlen konstant blieb – in relativer Hinsicht vom kantonalen Mittel entfernt und befindet sich aktuell 10 Prozentpunkte darüber.

Der Stadtrat möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass der Abbau des Nettovermögens für die Grossprojekte seit Jahren kommuniziert ist. Zudem halten sich die budgetierten Investitionen nicht immer an den vorgesehenen Planungshorizont. Ausserdem setzt sich der Stadtrat im Rahmen des jährlichen Budgetprozesses intensiv mit den geplanten Investitionen auseinander. Die vorliegende Investitionsplanung wird deshalb in den nächsten Jahren sicherlich noch Änderungen erfahren. Auch ist es wahrscheinlich, dass Projekte verschoben werden müssen bzw. sogar ein Verzicht geprüft werden muss.

Würdigung

Die Finanzen der Stadt befinden sich in einer soliden Situation, aber diese kann durch unbedachte Forderungen schnell eingetrübt werden. Dank strikten Vorgaben des Stadtrates konnten die Globalkredite gegenüber dem Voranschlag 2014 um 442'000 Franken gesenkt werden. Gegenüber der letzten vorliegenden Jahresrechnung vom 2013 ist allerdings immer noch eine Aufwandsteigerung bei den Globalkrediten von 4,8 Mio. Franken zu verzeichnen. Der Stadtrat hat deshalb grundsätzlich beschlossen, eine generelle Leistungsüberprüfung zu starten. Gleichzeitig soll auch der Leistungsauftrag bzw. die Wirkungs- und Leistungsziele überarbeitet werden. Damit soll sichergestellt sein, dass die gute Finanzlage erhalten bleibt und der Stadtrat weiterhin über einen gesunden Handlungsspielraum verfügt. Der Stadtrat erhofft sich dadurch, der Bevölkerung auch weiterhin ein breites Dienstleistungsangebot anbieten zu können.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass Steuererhöhungen aktuell keine gangbare Lösung sind und ein sehr schlechtes Zeichen aussenden würden. Die relative Steuerkraft der Stadt Uster hat sich von 2'193 Franken im 2004 auf knapp 2'900 Franken im 2013 erhöht. Der Stadtrat ist überzeugt, dass dies unter anderem auch dank der in der gleichen Zeitspanne vorgenommenen Steuerfussenkungen erreicht werden konnte. Auch zwingt eine angespanntere Finanzlage alle Beteiligten dazu, Notwendiges von Wünschbarem zu unterscheiden und haushälterisch mit den anvertrauten Steuergeldern umzugehen. Zudem hat im Frühling dieses Jahres das Volk einer grossen Investition von brutto 38 Mio. bzw. netto 31 Mio. Franken für die Erweiterung des Hallenbades zugestimmt. In der Diskussion zu dieser Abstimmung hat der Stadtrat mit den Befürwortern argumentiert, dass sich die Stadt Uster diese Investition aus dem Nettovermögen leisten könne und eine Steuererhöhung nicht nötig sei. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würden deshalb eine Steuerfusserhöhung nur wenige Monate später nicht nur nicht verstehen, sondern allenfalls sogar als Brückierung auffassen. Der Stadtrat beantragt aus all diesen Gründen dem Parlament, den Steuerfuss für das kommende Jahr bei 91% (wie bisher) beizubehalten.

Die geplanten Investitionen im 2015 sind sehr hoch, können aber mit einem massvollen Vorgehen finanziell verkraftet werden. Knapp 1/3 der geplanten Investitionen entfallen auf das erwähnte Grossprojekt „Sanierung und Erweiterung Hallenbad“. Der Baustart dazu soll ja bekanntlich im Frühling 2015 erfolgen. Wie bereits mehrfach erwähnt, ist es für eine sich entwickelnde Stadt wie Uster absolut normal, dass sie immer ein grosses Investitionsvolumen in der kürzeren oder erweiterten Planung vor sich hat. Es ist jedoch auch klar, dass nicht alle Investitionen zur selben Zeit getätigt werden können. Der Stadtrat wird deshalb die Investitionsplanung auch in Zukunft sorgfältig prüfen und jährlich priorisieren. Falls aber alle Projekte wie geplant realisiert werden, müsste die Stadt Uster Fremdkapital in zweistelliger Millionenhöhe aufnehmen oder neue Finanzierungsmöglichkeiten prüfen, z.B. Public Private Partnership (PPP).

Das Eigenkapital ist mit rund 138 Millionen Franken nach wie vor sehr hoch. So hat zum Beispiel die doch deutlich grössere Stadt Winterthur ein Eigenkapital per 31.12.2013 von knapp 30 Mio. Franken. Auch mit den geschätzten Nettovermögen im Steuerhaushalt von knapp unter 2'000 Franken pro Einwohner im Steuerhaushalt befindet sich die Stadt Uster per Ende 2014 in einer nach wie vor angenehmen Ausgangslage. Trotz dieser guten Situation muss aber weiterhin kostenbewusst im Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet werden. Diese Mittel werden nun auch immer öfters durch Vorgaben, sprich Kostenüberwälzungen seitens Bund und Kanton geschmälert.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam mit dem nun vorliegenden Voranschlag 2015 viele wichtige Haushaltgeschäfte und Investitionen tätigen und auch finanzieren können. Der Stadtrat hat das Budget 2015 mit breiter Unterstützung der einzelnen Abteilungen und mit Sorgfalt erstellt. Im Namen des Stadtrates danke ich für das in uns gesetzte Vertrauen und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen der Stadt Uster

Gabriela Seiler

*Voranschlag 2015
Gesamtwürdigung RPK*

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Damen und Herren*

Die RPK hat den Voranschlag 2015 an ihrer Sitzung vom letzten Montag während knapp 4 Stunden diskutiert und beraten.

Wie immer wurde die SSU separat behandelt und separat über den Voranschlag abgestimmt. Die RPK ist dem Antrag der SSU, inklusive dem vorgeschlagenen Steuerfuss von 18%, einstimmig gefolgt. Der Steuerfuss der SSU war noch kein grösseres Thema innerhalb der RPK, wird uns aber sicher mit dem Voranschlag 2016 beschäftigen.

Im Zusammenhang mit den Weisungen 2 und 14 wurde jedes Geschäftsfeld separat behandelt und über die Änderungsanträge pro Geschäftsfeld abgestimmt. Um die heutige Sitzung möglichst effizient abwickeln zu können verzichtet die RPK auf eigene Referate. Details und Resultate zu den Änderungsanträgen wurden den Sprecher und Sprecherinnen aus den Sachkommissionen mitgeteilt und wurden, so hoffe ich zumindest, in diese Referate integriert. Ausnahme bildet das GF Infrastrukturbau und Unterhalt, da erfolgt aufgrund der Diskussion und den diskutierten Anträgen ein separates RPK Referat. Eine Übersicht inkl. Ergebnisse über sämtliche in den Kommissionen und in der RPK behandelte Anträge haben sie ja zudem ebenfalls im Vorfeld zur heutigen Sitzung erhalten.

Betreffend Steuerfuss für 2015 hat die RPK den Antrag des Stadtrates diesen auf 91% zu belassen mit 7:2 angenommen. Der Antrag um Erhöhung um 2% unterlag in der Ausmarchung mit 6:2 Stimmen.

Die Weisung 2, Leistungsaufträge / Globalbudgets und Weisung 14 Voranschlag 2015 inklusive aller beschlossenen Änderungen wurden in der RPK einstimmig mit 8:0 Stimmen angenommen.

Erlauben sie mir zum Schluss noch zwei Bemerkungen respektive Anliegen:

Anhand der Diskussion in der RPK muss festgehalten werden, dass die Zusammenstreichung und Kürzung der Informationen in den beiden Weisungen eine Stufe erreicht hat, die nicht mehr in allen Belangen genügt. Aufgrund der Rückmeldungen an die Abteilung Finanzen soll aber mit dem Voranschlag 2016 diesem Umstand wieder besser Rechnung getragen werden. Erste Abklärungen sind im Gange, es wird auch noch ein separater Informationsaustausch zwischen der Abteilung Finanzen und der RPK erfolgen.

Im Namen der RPK bitte ich aber auch die Sachkommissionen für den Voranschlag 2016, Anträge NPM-tauglich und für Dritte verständlich zu formulieren. Ist doch die Zeit zwischen der RPK Sitzung und der GR-Sitzung in der Regel nur eine Woche, also sehr knapp, insbesondere wenn seitens der Verwaltung zum Beispiel noch Zahlen nachgeliefert werden müssen. Ich weiss, die Zeitfenster sind für alle Beteiligten recht eng, trotzdem ist es im Sinn der Sache, dass sämtliche Abklärungen zu Anträgen wo immer möglich frühzeitig erfolgen sollten.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Gabi Seiler, RPK Präsidentin

4.2 Allgemeine Diskussion / Eintretensdebatte

Markus Wanner

Die SP Fraktion ist mit dem Voranschlag 2015 nicht zufrieden. Bei einem Defizit von CHF 2,5 Mio. kann das vermutlich niemand sein. Und eigentlich sind es ja nicht CHF 2,5 Mio., sondern CHF 4,8 Mio., denn die Sekundarstufe Uster gehört ja auch zur Stadt Uster dazu.

Also, was machen wir mit einem Defizit von CHF 2,5 Mio.? Nichts wie der Stadt das vorschlägt? Aber, hat der Stadtrat wirklich nichts gemacht? In den Unterlagen steht zwar nichts von Kürzungen, Streichungen oder Sparprogrammen. Auch nicht in der Medienmitteilung zum Voranschlag, dort schrieb er lediglich „stabilisierter Aufwand“ oder „strikte Budgetdisziplin“. Aber wenn man genauer hinsieht, merkt man, dass in den meisten Geschäftsfeldern der Rotstift angesetzt wurde und trotz Bevölkerungswachstum und zunehmender Schülerinnenzahlen die Globalkredite zwischen 2 und 3 Prozent gekürzt wurden. Die Globalkredite 2015 sind nun CHF 1,5 Mio. tiefer als die Hochrechnung für 2014 vorsieht. Dass der Stadtrat nicht den Mut hat, die Kürzungen zu kommunizieren, können wir nicht nachvollziehen. Vielleicht hat es damit zu tun, dass er einfach kurzfristig das Defizit verbessern wollte. Das wirkt konzeptlos. Und bei einem solchen Verhalten, Kürzung generell nach dem Giesskannenprinzip um 3% vorzunehmen, kann es dann vorkommen, dass selbst ein Spielmobil unter die Räder kommt, was für eine Stadt wie Uster absolut peinlich ist. Oder dass zu wenig in den Liegenschaftenunterhalt investiert wird. Oder auch ein vernachlässigter Erneuerungsunterhalt in die Strassenbauten, welcher für 2015 massiv gekürzt wurde. Das Budget musste also unter allen Umständen verbessert werden. Interessant ist dabei, dass man lieber das Budget kürzt und dabei ausser Betracht lässt, dass weiterhin stille Reserven in Form von zusätzlichen Abschreibungen von CHF 5 Mio. gebildet werden. Wie seriös dieses gekürzte Budget nun ist, werden wir in 1 Jahr sehen.

Es gibt 2 Möglichkeiten, ein Budget zu verbessern. Den Aufwand reduzieren und den Ertrag erhöhen. Der Stadtrat hat sich entschieden, nur den Aufwand zu kürzen. Den Ertrag zu prüfen, sprich über den Steuerfuss zu diskutieren, dazu ist er nicht bereit, das hat er uns bestätigt. Dieses heisse Eisen überlässt der Stadtrat lieber dem Parlament. Soll doch der Gemeinderat eine dringend notwendige Steuerfusserhöhung beantragen, aber sicher nicht der Stadtrat, das würde nicht in die bürgerliche Politik passen. Von einer vorausschauenden Finanzpolitik erwarten wir etwas anderes, ein Konzept, wie das Defizit mittelfristig in den Griff zu kriegen ist, ein Konzept, bei dem Aufwand und Ertrag einen Beitrag zur Verbesserung leisten, und somit automatisch auch eine Diskussion über den Steuerfuss. Das 1. Sparprogramm von rund CHF 1,5 Mio. wurde mit dem Voranschlag 2015 umgesetzt, nur wurde das nicht kommuniziert. Bevor der Stadtrat nun weitere Kürzungen vornimmt, indem er eine Leistungsüberprüfung lanciert, erwarten wir zuerst eine Anpassung bei den Erträgen im gleichen Umfang.

Ein Steuerfuss von 109 % ist für eine Stadt wie Uster mit ihrem städtischen Angebot weiterhin attraktiv. Auch 111%, oder 113% wären ohne weiteres möglich für eine Stadt wie Uster. Mit einer 2-prozentigen Steuerfusserhöhung würden wir das Defizit um rund CHF 2 Mio. reduzieren, nämlich mit CHF 1,6 Mio. mehr Steuereinnahmen und dann zeitlich versetzt noch CHF 400'000.- mehr Finanzausgleich. Die letztjährige Steuerfusspolitik führte auch nicht dazu, dass sich die Steuerkraft gegenüber dem kantonalen Mittel verbessert hat. Mit einer rechtzeitigen Anpassung des Steuerfusses würden wir auch ermöglichen, die hohen anstehenden Investitionen zu finanzieren. Diese Investitionen sind für Uster wichtig, an diesen wollen wir festhalten, diese sollen nicht der Sparwut zum Opfer fallen.

Die Ustermer wollen ein gutes Grundangebot in den Bereichen Bildung, Sport, Kultur, Gesundheit und Alter. Dafür sind sie auch bereit, etwas zu bezahlen in Form von Steuern. Wenn sie abwägen müssten, auf Lebensqualität in Uster zu verzichten oder etwas mehr Steuern zu bezahlen, würden sich vermutlich viele für eine moderate Steueranpassung entscheiden.

Bruno Modolo

Wir beraten in der Folge einen Voranschlag, welcher vom Stadtrat gezeichnet ist von einem haushälterischen Umgang der Stadtfinanzen. Wir begrüssen es, dass die Globalkredite gesamthaft gegenüber dem Vorjahr nicht weiter angestiegen sind. Der vorliegende Voranschlag erreicht auch die finanzpolitischen Ziele. Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den Stadtrat in seinen Bemühungen ein zusätzliches Kostenwachstum einzudämmen. Wir stehen einer zusätzlichen Aufstockung des Voranschlags bzw. der Globalbudgets, wie dies die gestellten Anträge fordern, ablehnend gegenüber.

Im kommenden Jahr soll die Stadt Uster einen stolzen Betrag von rund 232,7 Mio. Franken ausgeben bei einem budgetierten Ertrag von 230,2 Mio. Franken. Der entstehende Aufwandüberschuss von 2,5 Mio. Franken müsste vom negativen Resultat her hellhörig werden lassen. Doch sind einige den Finanzaushalt bestimmende Faktoren schwierig einzuschätzen. Nach wie vor können wir im 2015 aufgrund des Bevölkerungswachstums mit hohen bzw. mit höheren Steuererträgen rechnen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände liegt ein ausgeglichener Voranschlag mit einer quasi schwarzen Null vor.

Was uns von der SVP/EDU-Fraktion aber beunruhigt und Sorge bereitet ist, dass die für das kommende Jahr erreichte Stabilisierung des Kostenwachstums nicht anhält und für die kommenden Jahre wieder mit einem Ausgabenwachstum gerechnet werden muss.

Auch haben wir kein Verständnis, dass die Primarschule finanzielle Mittel für eine Tagesschule, trotz nicht ausgewiesenem Bedürfnis, im Globalbudget eingestellt hat. Ferner werden die Kosten in der Schulsozialarbeit und der Sonderpädagogik nicht gedämmt. Wird hier künftig nicht vermehrt auf die Kosten geachtet, macht das Budget der Primarschulpflege wohl bald die Hälfte des städtischen Haushaltes aus.

Aufgrund dessen unterstützen wir die vom Stadtrat für das nächste Jahr angekündigte Kosten- und Leistungsüberprüfung. Wir erwarten von allen Geschäftsfeldern und insbesondere von der Primarschule Resultate für eine deutliche Reduktion des Ausgabenwachstums. Wir erwarten, dass die Leistungen ohne Wenn und Aber hinterfragt werden und Prioritäten gesetzt werden. Für Uster gilt es, unnötige und luxuriöse Dienstleistungen abzulegen. D.h. sich auf die wesentlichen Kernkompetenzen zu beschränken. Der Stadtrat ist aufgefordert, alles daran zu setzen, dass das Ausgabenwachstum künftig nicht ungebremst zunimmt und die finanzpolitischen Ziele weiter zu verfolgen.

Mit der Investitionsplanung 2015 ist der Startschuss für die geplanten Grossprojekte, namentlich als Erstes die Sanierung und Erweiterung des Hallenbades, gefallen. Die vom Stadtrat aufgeführte jährliche Priorisierung der geplanten Investitionen unterstützen wir sehr, müssen doch die Begehrlichkeiten auch finanziell verkraftbar sein.

Wir werden uns in der anschliessenden Detail-Beratung lediglich noch punktuell zu den einzelnen Geschäftsfeldern und Anträgen verlauten lassen.

SVP/EDU-Fraktion

Bruno Modolo, Fraktionspräsident

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Der Stadtrat legt uns ein Budget 2015 mit einem Defizit von 2.5 Mio. vor. Das Defizit ist durchaus verkraftbar, da erneut ausserordentliche Abschreibungen von 5 Mio. Franken budgetiert sind. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kann davon ausgegangen werden, dass sich die Rechnung dann doch besser präsentieren wird oder sogar noch in einen Ertragsüberschuss ändern wird.

Mit dem Voranschlag 2015 macht der Stadtrat einen ersten Schritt, mit einer Kostenbremse auf die sinkenden Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich zu reagieren. Unsere Fraktion anerkennt diese Anstrengung, um die mittel- und langfristigen Finanzziele zu erreichen. Allerdings zeigen sich bei genauem Studium der Leistungsaufträge und Globalbudgets, dass die Einsparungen nicht durch Effizienzsteigerungen oder die Nutzung von Synergien ergeben, sondern teilweise durch einen unschönen Leistungsabbau erreicht werden sollen. Der Stadtrat findet Jahr für Jahr vorwiegend diejenigen Leistungen kürzenswert, die die schwächsten unserer Gesellschaft, nämlich die Kinder, treffen. Nach den versuchten oder realisierten Kürzungen in der Seebadi, im DAZ, dem Musikunterricht oder der Stadtbibliothek war dieses Jahr namentlich der Betrieb des Spielmobil an der Reihe. Im Gegenzug findet der Stadtrat, dass es Aufgabe der Stadt sei Marketingmassnahmen für die Ladeninhaber im Stadtzentrum zu finanzieren.

Das Bevölkerungswachstum der Stadt Uster liegt sehr konstant bei nahezu 1%. Dies bedeutet einerseits für die Stadtfinanzen steigende Steuereinnahmen, aber auch grosse Herausforderungen, die nötige Infrastruktur für die Bewohner bereitzustellen. Seit Jahren hinkt Uster mit den erforderlichen Investitionen in beispielsweise Sportanlagen und Schulraum hinterher, was an den vielen provisorischen Schulbauten erkennbar ist. Selbst aber mit den budgetierten Investitionen wird die Stadt Uster wieder viel Fremdkapital aufnehmen müssen und gleichzeitig das Nettovermögen massiv abbauen. Es ist deshalb fraglich, ob Uster noch lange mit dem aktuellen Steuerfuss auskommen wird.

Die Mittefraktion hat in den Kommissionen versucht, Investitionen beispielsweise in Liegenschaften, deren zukünftige Nutzung noch nicht geklärt ist – namentlich die Villa am Aabach und die untere Farb - aus der Investitionsplanung zu kippen. Hingegen lehnt unsere Fraktion den Abbau von Leistungen die vorwiegend Familien empfindlich treffen mehrheitlich ab und wird heute entsprechende Anträge auf Erhöhung der Globalbudgets in gewissen Geschäftsfeldern unterstützen. Im Gegenzug werden wir aber auch Kürzungen mittragen, wenn sie Bereiche betreffen, die wir nicht als Kernaufgabe der Stadt ansehen.

Diese Differenzierung ermöglicht es, dass nicht am falschen Ort gespart wird, wie es beim Spielmobil der Fall wäre, sondern Uster für die stetig wachsende Bevölkerung eine lebendige und lebenswerte Wohnstadt am Wasser bestehen bleibt.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Trotz stetig wachsender Wohnbevölkerung will der Stadtrat im Voranschlag den Aufwand um 1,5% kürzen. Die langfristigen Schulden sollen sich nach dem Willen des Stadtrates in den kommenden drei Jahren mehr als verdoppeln und Ende 2017 rund 80 Millionen Franken erreichen. Ein Wert, wie er in der jüngeren Vergangenheit nie erreicht wurde.

Demgegenüber steht eine dramatische Abnahme des Nettovermögens. Mehr als ein Viertel geht allein im kommenden Jahr verloren. So verfehlt der Stadtrat das selbst formulierte finanzpolitische Ziel per Ende 2017 um mehr als 100%. Das Nettovermögen pro Einwohner wird nicht wie angestrebt 1'000 Franken pro Einwohner betragen sondern nur noch 416 Franken.

Und die Investitionen von rund 130 Millionen Franken in den nächsten drei Jahren erachtet der Stadtrat als zu hoch. Es fehlt also Geld an allen Ecken und Enden. Es rächt sich nun zunehmend, dass in den Jahren des Investitionsstaus der Steuerfuss kontinuierlich gesenkt wurde, statt finanzielle Polster zu bilden, um die anstehenden grossen Investitionen stemmen zu können. Sah die einzelne Jahresrechnung für sich betrachtet allenfalls noch gut aus, ist der langfristige Schaden dieser Politik je länger desto offensichtlicher.

Vor diesem Hintergrund ist es umso unverständlicher, dass im kommenden Jahr weiteres Tafelsilber, sprich städtisches Land, verkauft, aber nichts dazu gekauft werden soll – zumindest wurde nichts dafür vorgesehen, abgesehen vom Zeughaus. Ist ja auch klar, fehlt für Zukäufe nach Lesart des Stadtrates ebenfalls das Geld. Wie es gemäss Stadtrat auch an den Finanzen mangelt, um den sozialen und ökologischen Wohnungsbau zu fördern, so wie es die grüne Volksinitiative EcoViva vorsehen würde.

Dafür wird gespart: zum Beispiel bei der Sozialen Sicherheit (3%), indem die Beiträge der Eltern bei der familienergänzenden Betreuung erhöht werden, und beim Unterhalt der städtischen Infrastruktur – hier werden 20% weniger budgetiert als im Vorjahr. Dem Kommentar des Stadtrats zu diesem Geschäftsfeld ist zu entnehmen, dass es ihm bei einer solchen Kürzung offensichtlich selbst nicht mehr ganz wohl ist.

Es ist auch kein Geld mehr vorhanden, um in eine wohnlichere Stadt zu investieren. Ein Ausbau des Langsamverkehrs findet nicht statt. Auf weitere Veloparkierungsanlagen wird zum Beispiel gänzlich verzichtet, wie wenn es um den Bahnhof herum kein Platzproblem geben würde. Kein Geld soll es nach dem Willen des Stadtrates auch nicht für die Sicherheit der Velofahrenden geben. Die Leistungsmotion zur Umsetzung des Velokonzepts lehnt der Stadtrat ab.

Und schliesslich fehlt im Voranschlag jeglicher Hinweis, dass der Stadtrat den Volkswillen ernst nimmt und die Umsetzung des an der Urne beschlossenen Nachhaltigkeitsartikels an die Hand nimmt.

Überhaupt: Was bei der Lektüre des Budgets auffällt: Seine Lesefreundlichkeit hat sich nicht wirklich zum Positiven entwickelt. Des Öftern sind wichtige Informationen nicht ersichtlich und nur auf Nachfrage erhältlich. Wir Grünen wünschen uns ein lesefreundliches und transparentes Budget – damit die Arbeit des Gemeinderats nicht zum Detektiv-Spiel wird.

Die Diagnose lässt nur einen Schluss zu:

Der Stadtrat benötigt eine finanzpolitische Korrekturbrille: sie korrigiert die budgetzentrierte Kurzsichtigkeit, und ermöglicht eine finanzpolitisch nachhaltige Weitsicht. Kommende Generationen werden es danken!

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Matthias Bickel

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Die FDP-Fraktion nimmt den Voranschlag 2015 des Stadtrats mit grosser Befriedigung zur Kenntnis.

Der budgetierte Ausgabenüberschuss von 2.5 Mio. Franken ist zwar mehr als eine rote Null, entspricht aber lediglich rund 1% des gesamten Budgets und ist fürs Erste verkraftbar, zumal auch 5 Mio. Franken ausserordentlicher Abschreibungen darin enthalten sind. Vorsicht ist aber dennoch geboten: in der Finanzplanung der kommenden Jahre wird weiter mit Ausgabenüberschüssen gerechnet, zudem lässt sich die Entwicklung des Finanzausgleichs nicht vorhersehen.

Die FDP-Fraktion begrüsst daher die Absicht des Stadtrats, mit einer generellen Leistungsüberprüfung die Arbeitsabläufe der Geschäftsfelder auf ihre Leistungsfähigkeit zu durchleuchten, um die Stadt Uster für die kommenden Jahre fit zu halten und die Steuergelder effizient einzusetzen. Die ersten Anstrengungen in diese Richtung zeigen bereits ihre Wirkung: Mit 106.5 Mio. Franken fallen die Globalkredite im Vergleich zum Vorjahr um 400'000 Franken geringer aus. Zu diesem Resultat möchten wir dem Stadtrat unser Lob aussprechen!

Erfreulich ist zudem die Tatsache, dass die Stadt im Vergleich zum Vorjahr höhere Steuereinnahmen erwartet – dies unter anderem aufgrund steigender Steuerkraft, die aber wieder Einfluss auf den Finanzausgleich des Kantons hat. Ein Teil der Mindereinnahmen rühren so auch vom Finanzausgleich her. Diese Ausfälle müssen im Finanzhaushalt mittelfristig mit geeigneten Einsparungen aufgefangen werden. Denn die Ausgaben werden mit grosser Wahrscheinlichkeit weiter steigen – auch aufgrund exogener Faktoren, welche die Stadt selber nicht kontrollieren kann.

Dennoch unterstützen wir den Entscheid zur Beibehaltung des Steuerfusses von 91% für das kommende Jahr.

Matthias Bickel,

Präsident FDP-Fraktion Gemeinderat Uster.

4.3 LA Parlamentarische Dienste

Es referiert **Walter Meier**

Sehr geehrte Anwesende

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Der Globalkredit, welche die Aufwendungen des Gemeinderats und der parlamentarischen Dienste umfasst, ist rund Fr. 50'000 höher budgetiert als im Vorjahr. Das hat vor allem damit zu tun, dass der Gemeinderat einen Kredit für den Ausbau des Ratsinformationssystems (RIS) bewilligt hat.

Aufgrund der etwas tieferen Auszahlungen im 2014 für den Gemeinderat wurde das Budget 2015 entsprechend reduziert. Es ist keine Kürzung der Entschädigungen geplant.

Die Geschäftsleitung empfiehlt Ihnen einstimmig, das Globalbudget 2015 GF Parlamentarische Dienste zu genehmigen.

Walter Meier, Gemeinderatspräsident

4.4 GF Steuerung und Führung

Es referiert **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Wie schon aus der heutigen Tischvorlage hervorgeht und wie schon vor einem Jahr stand in der KÖS im GF Steuerung und Führung im aktuellen Voranschlag die Standortförderungs politik des Stadtrates im Brennpunkt der Diskussion.

Über alle anderen Themen im GF wurden in der KÖS keine grossen Diskussion geführt, war die Kommission durch die detaillierten Antwort des Stadtrates umfassen informiert worden.

Zuerst einmal engagiert sich die Stadt in der lokalen Standortförderung. Im Zentrum der diesbezüglichen Aktivitäten steht die Arbeit des Wirtschaftsförderers. Neun Jahre nach Einführung dieser Funktion im Jahr 2006 soll das Aufgabenportfolio des Wirtschaftsförderers in den kommenden Monaten überprüft werden.

Seit letztem Jahr ist Uster an der regionalen Standortförderung im Rahmen des Zweckverbandes Region Zürcher Oberland beteiligt. Nächstes Jahr – am Ende der dreijährigen Versuchsphase – soll eine Evaluation über den Nutzen dieser Beteiligung durchgeführt werden. Auf das Budget 2016 wird geklärt, ob sich Uster in wirtschaftlichen Belangen weiterhin in Richtung Oberland orientiert oder ob nicht eine Ausrichtung Richtung Glatttal sinnvoller wäre.

In den letzten Monaten beteiligte sich die Stadt bereits mit Fr. 60'000.- an der Aktion Herzkern. Damit sollte das Ustermer Zentrum belebt werden, damit die Einwohner Usters mehr in der Stadt selber konsumieren anstatt in die Einkaufszentren abzuwandern. Im kommenden Jahr soll die Aktion nun weitergeführt werden. Der Stadtrat beantragte ursprünglich, einen Beitrag von 108'000 Franken an die Betriebskosten Zentrumsmanagement Herzkern Uster leisten zu dürfen. Da der Betrieb aber auch noch von den finanziellen Beiträgen von WFU und GVU abhängig ist, rechnet der Stadtrat damit, dass das Zentrumsmanagement erst per Sommer 2015 operativ wird. Folglich würde sich der städtische Beitrag pro rata reduzieren und sich auf rund Fr. 60'000.- belaufen. Es ist aber vorgesehen, ab dem Budget 2016 einen wiederkehrenden Beitrag an das Zentrumsmanagement zu leisten.

In der KÖS wurde ein Antrag auf Streichung des städtischen Beitrags in der Höhe von Fr. 108'000.- gestellt. Im Laufe der Diskussion wurde diesem Antrag ein Eventualantrag gegenübergestellt, der eine Kürzung des Globalkredits um Fr. 60'000.- forderte, also eine Kürzung in der Höhe des Beitrags an Herzkern, wie er dann auch tatsächlich anfallen würde. In der Ausmarchung obsiegte der Eventualantrag mit 8 : 0 Stimmen. In der Schlussabstimmung zum Antrag wurde die Kürzung um Fr. 60'000.- mit 5 : 3 Stimmen abgelehnt.

Auch in der RPK wurde der Antrag mit 5 : 3 Stimmen abgelehnt.

Dem Globalkredit im GF Steuerung und Führung wurde in der Schlussabstimmung mit 7 : 1 Stimmen zugestimmt.

Für die KÖS

Thomas Wüthrich, Gemeinderat

Ivo Koller

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Diesem Antrag liegt eine Vorgeschichte vor, welche ich ihnen nicht vorenthalten möchte.
Seit September dieses Jahres bemühe ich mich um schriftliche Unterlagen zum Projekt Herzkern.
Notabene betrifft Herzkern ein Geschäft, welches ich als Subkommissionsmitglied zu überprüfen
habe. Bis zum heutigen Tag bleiben mir Unterlagen verwehrt, obwohl mir anfänglich welche in
Aussicht gestellt wurden. Begründet wird diese Verweigerungshaltung einzig damit, dass es sich bei
Herzkern um ein laufendes Geschäft handelt. Ist ja auch logisch, dass wir heute über laufende
Projekte und nicht über abgeschlossene Geschäfte diskutieren. Von daher ist diese Begründung als
haltlos zu betrachten.*

*Fakt ist, dass der Stadtrat gemäss Stadthaustelegamm vom 28. Mai 2014 beschlossen hat, das
Projekt Herzkern 2015 mit 108'000 Franken zu unterstützen. Wenn nun der Stadtrat wie in diesem
Fall Gelder spricht, liegen ihm ja sicherlich auch schriftliche Dokumente und Vereinbarungen vor.
Oder etwa nicht? Werden hier Gelder versprochen, ohne konkret eine Ahnung zu haben, was damit
passiert.*

*Dass diese Unterlagen dem Gemeinderat während der Budgetprüfung bewusst vorenthalten
werden, ist nicht nachvollziehbar und erschüttert das Vertrauen in den Stadtrat nachhaltig. Diese
Informationspolitik des Stadtrates entbehrt dem Grundsatz eines respekt- und vertrauensvollen
Umganges miteinander. Wir als Gemeinderäte sind vom Volk beauftragt worden, dem Stadtrat auf
die Finger zu schauen. Wir sind das Kontrollorgan. Wenn's wir nicht machen, macht's niemand. Ich
poche auf meine Auftragserfüllung.*

*Als der vorliegende Antrag in der Subkommission besprochen wurde, wurde mir von Seiten des
Stadtrates mangelnder politischer Anstand und eine zu frühe Antragsstellung vorgeworfen.
Vorwürfe welche nur auf die Person zielten und frei von sachlichen Argumenten waren.
Fakt ist, dass wir nicht bereit sind 60'000 Franken für ein Projekt zu sprechen, von dem uns nicht
bereitwillig Auskunft erteilt wird. Und mit Auskunft meine ich nicht einen knochenhaltigen
Werbepspot vom Stadtschreiber à la Wirtschaftsempfang, sondern Fakten Schwarz auf Weiss (z.B.
Vertragliche Vereinbarung, Übersicht über die Leistungen, detaillierte Infos zum Projekt, weiteres
Vorgehen, Ausblick, Finanzkompetenzen, etc.). Sorry, aber ein Satz im Globalbudget 2015 zu
Herzkern reicht uns nicht aus.*

*Nun gut, es gibt ja auch noch zahlreiche harte Fakten, welche gegen eine städtische Beteiligung an
Herzkern sprechen. Ich werde mich auf drei Punkte beschränken (auf der Tischvorlage finden sie
noch weitere). Und es sei vorneweg erwähnt, wir werten nicht über Herzkern. GVU und WFU sollen
bei Bedarf Herzkern durchführen, einfach ohne städtische Mittel.*

*1. Durch die Finanzierung von Herzkern profitieren lediglich einzelne Geschäfte im Zentrum von
Uster. Sämtliche Läden ausserhalb des Zentrums gehen bei dieser Aktion leer aus.*

*2. Wie wir am vergangenen Wirtschaftsempfang gehört haben, besitzt die Siska Heuberger Holding
AG einen Grossteil der Verkaufsflächen im Zentrum von Uster. Herr Heuberger und seine Firma
entscheidet deshalb ganz massgeblich, ob in Uster ein attraktives Zentrum entstehen wird oder
nicht. So lange jedoch das Uster77, das Illuster und der Kern Nord weiterhin derart traurig und
baufällig dreinschauen, haben wir kein attraktives Zentrum. Da kann man noch lange einen gut
bezahlten Zentrumsmanager einstellen und überteuerte Marketingfirmen mit Events beauftragen.
Es werden dadurch kaum mehr Leute im Zentrum einkaufen und ein Käuferlebnis, so wie es der
Stadtschreiber jeweils predigt, ist Utopie. Es wäre zwar schön, aber es ist den Rappen nicht wert.*

*3. Gerade die rechte Ratsseite müsste sich doch fragen, kann die Finanzierung eines
Zentrumsmanager wirklich eine staatliche oder eben städtische Aufgabe sein. Nein, es ist eben
keine! Das dies beim Projekt Herzkern nicht hinterfragt wird, ist für mich schleierhaft und zeigt die
Düclingspolitik und das Kuschen vor GVU und WFU.*

Unsere Fraktion stimmt geschlossen gegen städtische Mittel für Herzkern.

WFU und GVU gemeinsam mit dem im Zentrum liegenden Gewerbe haben selber für die finanziellen Mittel aufzukommen, wollen sie am Projekt Herzkern festhalten.

Wir sind jederzeit bereit das lokale Gewerbe zu unterstützen, aber nicht in dieser Art und Weise.

Noch eine Anmerkung zum Schluss: Apfel und Birnen oder eben finanzielle Ausgaben sollen grundsätzlich nicht miteinander verglichen werden. Ich mach's nun trotzdem. Wie ihnen allen bekannt ist, kommt der Betrag von 60'0000 Franken in dieser Budgetdebatte mehrmals vor. Mit der Streichung des Spielmobils will der Stadtrat auf der einen Seite 60'000 Franken einsparen aber gleichzeitig auf der anderen Seite den gleichen Betrag für einen überflüssigen Zentrumsmanager wieder ausgeben. Entscheiden sie selber, was nun eher eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist.

*Besten Dank.
Ivo Koller*

Der Antrag von Ivo Koller:

Antrag Zentrumsmanagement bzw. Herzkern Uster:

Der Globalkredit des GF Steuerung und Führung (LG Standortförderung, Seite B/8) ist um CHF 60'000.- zu kürzen. Die Streichung steht in Verbindung mit der finanziellen Beteiligung am Projekt Herzkern Uster.

Begründung:

Gemäss dem Stadthaustelegramm vom 28. Mai 2014 unterstützt der Stadtrat "Herzkern Uster" 2015 mit 108'000 Franken. Von einer weiteren Kostenbeteiligung in den Folgejahren kann ausgegangen werden. Im vorliegenden Leistungsauftrag ist das Projekt Herzkern lediglich mit einem Satz erwähnt. Weitergehende Informationen resp. Unterlagen zu Herzkern sind keine erhältlich. Eine fundierte Meinungsbildung ist offensichtlich nicht erwünscht.

Weshalb ist eine städtische Beteiligung an Herzkern abzulehnen:

- *Herzkern bedeutet horrende Kosten für Aktionen (48'000 - 76'000 Franken).*
- *Für Herzkern soll ein eigener Marketingfachmann mit einem stattlichen Lohn angestellt werden (50%/80'000.-, 70 %/120'000 Franken)!*
- *Mit dem Projekt "Herzkern" profitieren ausschliesslich Detaillisten im Zentrum. Sämtliche anderen Detaillisten gehen leer aus.*
- *Der Wirtschaftsförderer organisierte bereits durchgeführte Herzkern-Aktionen. Die Stadt beteiligte sich an Herzkern schon in ausreichendem Masse, auch finanziell (2014 – min. 60'000 Franken).*
- *WFU und GVU müssen alleine für die finanziellen Mittel aufkommen, wollen sie Herzkern. **Es kann keine städtische Aufgabe sein, eine Cityvereinigung finanziell zu unterstützen!***

Die Mittefraktion

Richard Sägesser

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, geschätzte Anwesende

Die FDP-Fraktion hat den Kürzungsantrag zu Herzkern diskutiert und lehnt diesen ab. Dies aus dem Willen heraus, bestmögliche Voraussetzungen für ein wirtschaftlich prosperierendes neues Stadtzentrum zu schaffen. Wir sind nicht so pessimistisch wie die Mitte-Fraktion, was die Entwicklung des Zentrums angeht.

Wir stimmen dem Budgetantrag des Stadtrates in diesem Punkt aber nur unter der Auflage zu, dass das Herzkern-Engagement inskünftig mit den Aufgaben des Standortförderers enger koordiniert wird. Den Beitrag der Stadt zugunsten des Gewerbes sehen wir zudem als Startimpuls und nicht als eine längerfristige Aufgabe der Stadt. Die FDP-Fraktion wird Herzkern also im Auge behalten.

Für die Fraktion:

Richard Sägesser, Gemeinderat

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Usters Standortförderung ist im Umbruch. Der Aufgabenkatalog des lokalen Wirtschaftsförderers wird überprüft, die Beteiligung an der wirtschaftlichen Standortförderung in der Region ist einer Versuchsphase und soll bis Ende nächsten Jahres evaluiert werden. Und in Bezug auf Usters Zentrum soll – nach einem Pilot in den letzten Monaten – der Aktion Herzkern mit weiteren Fr. 60'000.- noch einmal etwas Leben eingehaucht werden.

Da ist also alles etwas in der Schwebe, und da will der Stadtrat mal so einfach 60'000.- Franken für etwas Diffuses, undefiniertes springen lassen, während er denselben Betrag dem bewährten und äusserst erfolgreichen Spielmobil kürzen will. Wie wenn attraktive Angebote für Familien nicht auch Teil der Standortförderung wären.

Wo ist die Evaluation in Bezug auf die ersten Gehversuche mit der Aktion Herzkern? Und wo vor allem sind die Konzepte und Perspektiven für ein Zentrumsmanagement wie es zusammen mit WFU und GVU eingerichtet werden soll? Fehlanzeige. Blindflug – wer Lust auf einen Blindflug hat, soll sich doch bitteschön in der Blinden Kuh vergleichsweise preiswert ein Abendessen gönnen.

Die bisherigen Herzkern-Aktionen vermochten uns Grüne nicht wirklich zu überzeugen. Weihnachtsbäume, Wettbewerbe und Gratiswürste gibt es auch anderswo. Da lobe ich mir solche innovativen Ansätze wie jenen vom Biofachgeschäft Öpfelbaum, das einen Gratis-Hauslieferdienst per E-Bike eingerichtet hat. Diese Art von Innovation soll von der Stadt gefördert werden!

Aber mal ganz grundsätzlich – Hand aufs Herz – vor allem die lieben Liberalen! Ist es wirklich eine städtische Aufgabe, sich an den Betriebskosten von privaten, gewinnorientierten Zusammenschlüssen zu beteiligen? Wohl kaum! Das wäre meines Wissens eine gewagte Neuinterpretation des Liberalismus'!

Aber klar – wie konnte ich es vergessen – diese Neuinterpretation wurde schon geleistet! Denn die Unterstützung des Gewerbes ist sicher im Lichte der neuen Sprachregelung zu sehen, wie sie im Zusammenhang mit der Privatisierung des Spitals Uster zum Tragen kommt: da wird uns doch tatsächlich eine gemeinnützige Aktiengesellschaft angepriesen – eine Rechtsform die zwar definitiv nicht existiert, aber wie kann man gegen etwas sein, das als gemeinnützig deklariert ist.

Aber ernsthaft, das Engagement der Stadt ist mit der Bereitstellung einer funktionierenden Infrastruktur bereits ausreichend gegeben. Und wenn die Stadt dann noch einen Sondereffort leistet und eine Weihnachtsbeleuchtung mit Fr. 600'000.- sponsert – dann ist es ja auch nicht recht. So sollen wir das Geschenk doch bitte zurücknehmen – mit dem Sonderbonus, dass die Stadt auch gleich noch weitere 18'000.- Franken pro Jahr für den Betrieb übernehmen soll ...

Mein Damen und Herren, so geht's definitiv nicht.

Mit Überzeugung stimmen wir der Kürzung des Globalkredits im GF Steuerung und Führung um 60'000.- Franken zu.

Mit diesem Betrag kann im Moment viel Sinnvolleres unterstützt werden.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Stadtpräsident Werner Egli ergreift das Wort. Mit der Zentrumsentwicklung wollen wir ein attraktives Zentrum schaffen. Dies ist eine Kernaufgabe der Stadt. Der Stadtrat wird die planungsrechtlichen Grundlagen in den nächsten Jahren erarbeiten. Der Masterplan von 2012 bildet dafür die Grundlage. Es geht nicht nur um Hochbauten, sondern auch um Parkplätze und Geschäfte. Der Stadtrat hat in Eigenkompetenz die CHF 60'000 lanciert und der Gewerbeverband hat weitere CHF 60'000 gesprochen. Das Geld ist im 2015 eingestellt. Zum Antrag selber: es ist wichtig, dass kein Kaufkraftabfluss aus dem Zentrum erfolgt. Werner Egli ersucht um Unterstützung der stadträtlichen Arbeit. 2016 werden Anträge zum Zentrumsmanagement erfolgen.

Ivo Koller ergreift das Wort. Er äussert seine Bedenken zum erwähnten Antrag, der im 2016 erfolgen soll. Bis dann ist noch mehr Geld in den Sand gesetzt. Ein Vergleich mit der Stadt Baden: diese hat eine Cityvereinigung mit 250 Mitgliedern. Baden hat ein Budget mit CHF 120'000 pro Jahr. Uster zum Vergleich braucht CHF 260'000 zusammen mit dem Gewerbeverband. In Baden macht ein Sekretariat die ganze Arbeit mit CHF 20'000. Der Rest wird ehrenamtlich erledigt.

Thomas Kübler ergreift das Wort als Mitglied der Steuerungsgruppe Zentrumsmanagement. Der Vergleich mit der Stadt Baden geht an der Sache vorbei. Das umstrittene Zentrumsmanagement läuft parallel zur baulichen Entwicklung der Stadt. Baden hat eine bestehende attraktive Altstadt, deshalb ist der Vergleich an den Haaren herbeigezogen. Die städtebauliche Entwicklung ist nicht gratis zu haben, das sollte allen klar sein.

Thomas Wüthrich meldet sich nochmals zu Wort. Das alles hört sich seltsam an. Alle städtischen Leistungen sollen überprüft und allenfalls abgebaut werden. Das steht im Widerspruch zur Aussage, dass der Stadtrat jetzt schon weiss, dass auch im 2016 Gelder für das Projekt „Herzkern“ eingesetzt werden sollen. Was Uster braucht, ist ein öffentlicher Platz zum Verweilen, auch wenn die Läden nicht mehr offen haben. Dies zu finanzieren ist Aufgabe der Stadt. Die Finanzierung der Detaillisten im Stadtzentrum ist nicht städtische Aufgabe.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Es erfolgt die Abstimmung.

Antrag zur LG Standortförderung

Der Globalkredit des GF Steuerung und Führung (LG Standortförderung) ist um CHF 60'000 zu kürzen. Die Streichung steht in Verbindung mit der finanziellen Beteiligung am Projekt Herzkern Uster.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

Mit 18 : 16 Stimmen

Der Kürzungsantrag ist angenommen.

4.5 GF Bürgerrecht und Dienste

Es referiert **Bruno Modolo**

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

An den Sitzungen vom 13.11.2014 und 17.11.2014 wurde mit dem Abteilungsleiter Präsidiales und dem Stadtpräsidenten das Geschäftsfeld Bürgerrecht und Dienste besprochen, kommentiert und diskutiert. Das Gespräch fand in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt.

Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit stellte der Exekutive einen mehrseitigen Fragenkatalog zu, der termingerecht, ausführlich und gut nachvollziehbar beantwortet wurde. Mit Blick auf die Zahlen hat sich erfreulicherweise gezeigt, dass in diesem Geschäftsfeld sorgfältig budgetiert wurde.

Speziell zu erwähnende Punkte sind:

- a) Zur Zeit des Verfassens dieses Berichtes war die Stellenbesetzung der neuen Leitung des Geschäftsfeldes in Vorbereitung. Mit einer vollständigen Einarbeitung der neuen Leitung wird bis Mitte 2015 gerechnet.*
- b) In der Leistungsgruppe info Uster wird im Jahre 2015 erneut ein ressourcenmässiger Ausbau geprüft, damit die Kundschaft noch kundengerechter bedient werden kann und vor allem mittelfristig zusätzliche Aufgaben an der Info Uster Zentrale übernommen werden können. Basis für diese Prüfung sind aktuelle Entwicklungen und allfällige zusätzliche Aufgaben. Eine allfällige Ressourcenerhöhung würde sich frühestens auf das Budget 2016 auswirken. Man könnte sich aber auch vorstellen, im Rahmen der Leistungsüberprüfung, die LG info uster in ein anderes Geschäftsfeld zu verschieben.*
- c) In der Leistungsgruppe Stadtammann- und Betriebsamt führen die Zunahme der Pfändungen und Verwertungen zu einer Stellenaufstockung. Im Plan 18 wird mit weiteren Erhöhungen gerechnet.*

Die KÖS hat den Voranschlag 2015 für das GF Bürgerrecht und Dienste an der Sitzung vom 17. November 2014 einstimmig gut geheissen.

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit

Bruno Modolo

4.6 GF Kultur

Es referiert **Gabriela Seiler**

Das GF Kultur beantragt einen Globalkredit von Fr. 3.594 Mio., was einer Reduktion von Fr 100'000 gleichkommt. Im Voranschlag 2015 sind in Sachen Investitionen für das GK keine Gelder eingestellt. Erschwerend für die Einhaltung dieser Budgetreduktion ist der Umstand, dass sich der Kanton grösstenteils aus der Finanzierung des Mütterzentrums zurückgezogen hat und Uster Kosten von zusätzlich Fr. 80'000 übernehmen muss. Der GR hat diesem Antrag ja in der letzten GR-Sitzung zugestimmt. Geht es nach dem Vorschlag und Willen des SR, soll der Leistungsvertrag mit dem Spielmobil zumindest für 2015 nicht verlängert werden (Einsparung Fr. 60'000).

In der Stadtbibliothek ist ein Minderaufwand von knapp Fr. 100'000 veranschlagt. Einerseits soll der Medienkredit etwas reduziert werden, andererseits verzichtet man auf Veranstaltungen für Erwachsene. Zudem sollen die Einnahmen durch verschiedene „massgeschneiderte“ Abo-Varianten verbessern werden.

Es wurde über folgende Anträge abgestimmt:

- 1. Die Stadt Uster übernimmt die Finanzierung der Pro-Juventute Elternbriefe während des ersten Lebensjahr des Kindes, Kostenpunkt Fr. 12'000.—. In welcher LG der Elternbrief schlussendlich abgerechnet wird, konnte nicht abschliessend festgelegt werden. Antrag wurde mit 5:4 angenommen. In der RPK wurde dieser Antrag mit 3:5 abgelehnt.*
- 2. Spielmobil. Es wurden 2 Anträge diskutiert, das Spielmobil weiter zu unterstützen: a) mit einem Betrag von Fr. 30'000, b) mit Fr. 60'000 (wie bisher) und mit der Anpassung des Indikators 103 „total Besucherzahlen“ = 1'900. Der Antrag über Fr. 60'000 obsiegte in der Ausmarchung und wurde in der Schlussabstimmung mit 5:4 gutgeheissen.*

Auch in der RPK wurden beide Anträge nochmals behandelt. Hier obsiegte in der Ausmarchung allerdings der Antrag über Fr. 30'000, in der Schlussabstimmung wurde dieser aber mit 3:5 abgelehnt.

In der KBK wurde das Geschäftsfeld Kultur einstimmig angenommen.

Gabi Seiler

Claudia Wyssen

*Geschätzter Herr Präsident
Werte Anwesende*

Das Geschäftsfeld Kultur ist auch dieses Jahr wieder das Geschäftsfelder, das am meisten zu reden gibt ...

Es ist dem Stadtrat zu attestieren, dass er es nicht ganz einfach hat ... In der Kultur zieht sich der Kanton aus den verschiedensten Bereichen zurück und die Stadt soll oder muss dann die weitere Finanzierung übernehmen. So ist zu berücksichtigen, dass im letzten Jahr der Beitrag an den Holzwurm massiv erhöht wurde und dieses Jahr die Weiterführung des Familienzentrums im

Geschäftsfeld Kultur zu Buche schlägt. Leider hat sich der Stadtrat entschieden, diese Kosten beim Angebot des Spielmobils wieder einzusparen.

Wie ich in meiner persönlichen Erklärung zum Spielmobil bereits gesagt habe, ist das Spielmobil für sämtliche daheimgebliebenen Kinder ein enorm wichtiges Angebot! Es können sich längstens nicht alle Familien leisten, ihre Ferien in der Ferne zu verbringen. Für deren Kinder ist es wichtig, dass auch sie in den Ferien etwas erleben können. Deshalb unterstützen wir den Antrag der KBK für die Weiterführung des Spielmobils!

Das nächste grosse Thema für mich als Hebamme sind die Elternbriefe. Diese mögen finanziell weniger ins Gewicht fallen, für die Neo-Eltern sind sie jedoch eine grosse Hilfe. Und ich kann ihnen sagen, dass Dübendorf, Egg, Fällanden, Greifensee, Maur, Mönchaltorf, Schwerzenbach, Volketswil und auch Wangen-Brüttisellen diese 12'000.- Franken pro Jahr aufwerfen um den jungen Familien den Einstieg in die Sicherung unserer AHV zu erleichtern. Einzig Uster sträubt sich. Schade. Die SP-Fraktion hofft, dass sie hier und heute Abend die Chance zur Korrektur dieses Fehlers ergreifen.

Claudia Wyssen

Mary Rauber

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Die Stadt Uster anerkennt die Förderung von Kinder- und Jugendanliegen als eine ihrer Hauptaufgaben. So steht es auf der Homepage.

Die Stärkung der Familie hat auch gemäss der Strategie der kantonalen Bildungsdirektion eine hohe Priorität. Erziehungskompetenzen sollen gestärkt werden.

Alle Eltern wollen nur das Beste für ihr Kind. Doch was heisst das? Das werden sich in Uster jährlich um die 200 Familien fragen.

Die Elternbriefe von Pro Juventute bestärken Mütter und Väter in ihrem Elternsein, wecken Verständnis für die Bedürfnisse des Kindes und geben Sicherheit bei der Erziehung. Sie enthalten auch Hinweise auf wichtige Anlaufstellen wie zum Beispiel die Mütter-/Väterberatung. Die Inhalte unterstützen eine gute Einschätzung von Erziehungssituationen. Dabei wird viel Gewicht auf die Variabilität der Entwicklung der Kinder gelegt. Die Briefe werden halbjährlich gedruckt und laufend überarbeitet. Von den anderen Gemeinden im Bezirk werden die Elternbriefe finanziert, teilweise sogar für drei Jahre.

Ich weiss, dass auch die Kinderarztpraxen in Uster die Finanzierung der Pro Juventute Elternbriefe als eine wichtige städtische Aufgabe im präventiven Bereich erachten. Die Chancengleichheit wird damit gefördert und Schutzfaktoren können aufgebaut werden.

Jahrelang wird sich eine Stärkung und Unterstützung von Elternbeziehungen auszahlen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Erhöhung des Globalkredits um CHF 12'000 für die Finanzierung der Pro Juventute-Elternbriefe während des ersten Lebensjahres des ersten Kindes zu genehmigen. Die Mehrheit der Mittefraktion ist ebenfalls dieser Ansicht und wird dem Antrag zustimmen.

Mary Rauber, Gemeinderätin

Marianne Siegrist

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Die FDP-Fraktion stellt den in der KBK gestellten Antrag betreffend niederschwellige Weiterführung des Spielmobils an dieser Stelle nochmals. Dafür sollen in der LG Soziokultur CHF 30'000 eingestellt werden.

Begründung

- *Die FDP Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass bestehende Leistungen überprüft, bzw. gestrichen werden müssen, wenn neue Leistungen dazukommen, die mit finanziellen Mehrausgaben verbunden sind.*
- *Das Spielmobil leistet seit zehn Jahren einen wichtigen Beitrag in der aufsuchenden Kinderarbeit, bzw. Integrationsarbeit.*
- *Das Spielmobil soll zukünftig in eine bestehende Trägerschaft, möglichst in den Holzwurm, integriert werden. Damit könnten ohne Zweifel Synergien genutzt und damit Kosten eingespart werden.*
- *Mit einer 1-2 jährigen niederschweligen Weiterführung des Spielmobils kann eine Integration in eine Trägerschaft geprüft und vorbereitet werden.*
- *Somit würden bestehende Gönnerbeiträge nicht verloren gehen.*

Wir können uns nicht alles leisten, wir müssen unserem Finanzhaushalt Sorge tragen! Deshalb hoffen wir auf eine Unterstützung unseres Kompromissantrages!

Für die Fraktion:

Marianne Siegrist, Gemeinderätin.

Der Antrag von Marianne Siegrist:

Der Globalkredit des GF Kultur, LG Soziokultur ist um 30'000 Franken zu erhöhen um das Angebot „Spielmobil“ niederschwellig weiter zu führen. Das Spielmobil soll zukünftig in eine bestehende Trägerschaft, möglichst in den Holzwurm, integriert werden.

Begründung:

Das Spielmobil leistet seit 10 Jahren einen wichtigen Beitrag in der aufsuchenden Kinderarbeit. Integration wird beim Spiel selbstverständlich gelebt. Die Kinder erhalten Anregung zum Spielen und Basteln und dies ohne grosse organisatorische Hindernisse.

*Die FDP Fraktion möchte das Spielmobil weiterleben lassen. Das Spielmobil soll in eine **bestehende Trägerschaft, möglichst in den Holzwurm, integriert werden**. Indem der Holzwurm die neue Leistung „Spielmobil“ übernehme, **könnten Synergien, zum Beispiel bei der Administration, genutzt werden**.*

Die FDP ist grundsätzlich der Meinung, dass bestehende Leistungen überprüft, bzw. gestrichen werden müssen, wenn neue Aufgaben dazukommen, die mit finanziellen Mehrausgaben verbunden sind.

Mit dem um die Hälfte gekürzten Betrag von 30'000 Franken kann das Spielmobil niederschwellig weiter geführt und eine Prüfung der Integration in die Trägerschaft Holzwurm geprüft und vorbereitet werden.

Vorteil:

Mit der niederschweligen Weiterführung über 1-2 Jahre können die Gönnerbeiträge beibehalten werden und vor allem muss das Angebot nach einem Stillstand nicht wieder von Null aufgebaut werden. Davon profitieren die Kinder; das gewohnte Angebot bleibt in kleinerem Ausmass bestehen. Zusätzlich gehen die Gönnerbeiträge nicht verloren. Und der Holzwurm hat genügend Zeit, sich eine Integration des Spielmobil als Ergänzung zum bestehenden Angebot zu überlegen.

Wir können uns nicht alles leisten, wir müssen unserem Finanzhaushalt Sorge tragen! Deshalb hoffen wir auf eine Unterstützung unseres Kompromissantrages.

Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Geschätzter Herr Präsident

Werte Anwesende

„Niederschwelligkeit“ bezeichnet die Eigenschaft eines Dienstes oder Angebots, das von den Nutzenden nur geringen Aufwand zu seiner Inanspruchnahme erfordert.“ So wird der Begriff „Niederschwelligkeit“ auf Wikipedia definiert. Das Wort „niederschwellig“ kommt im Antrag der FDP zur Weiterführung des Spielmobils öfters vor. Allerdings ist mir nicht klar, ob der Begriff auch richtig verstanden wurde. Das Spielmobil IST niederschwellig. JETZT! Eine Halbierung des Angebotes würde keineswegs zu einer noch niederen Niederschwelligkeit beitragen. Ganz im Gegenteil! Wenn man künftig jeweils eine Homepage aufsuchen muss, um nachzuschauen, ob das Spielmobil mit den halbierten Kapazitäten jetzt stattfindet oder nicht, würde ich dies eher als weitere Barriere in Uster bezeichnen!

Zudem ist es fraglich, ob sich mit dann derart tiefen Arbeitspensen überhaupt noch Leute finden lassen, die bereit sind, es zu betreiben. Es ist jetzt schon einiger Enthusiasmus und Identifikation erforderlich, um dort zu arbeiten. Die 120 Stellenprozente verteilen sich auf zwei Angestellte, die ihre Arbeitsstelle jedoch nur 7 Monate (pro Jahr) haben. Was sie den Rest des Jahres machen, ist ihnen selbst überlassen. Aufgrund dessen ist die Fluktuation nicht ausser acht zu lassen. Für die Kinder erscheinen mir die Konstanz und der Aufbau einer Beziehung zu den Spielmobil-Frauen jedoch elementar. Denn es sind häufig eher sozial benachteiligte Kinder, die dort anzutreffen sind.

Ich bitte sie, den Antrag der FDP abzulehnen und dem der KBK zuzustimmen.

Claudia Wyssen, SP-Fraktion

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Uster lobt sich in seiner Dualstrategie als kinderfreundlich. Als strategisches Ziel möchte Uster den Jugendlichen eine aktive und sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglichen. Mit dem Holzwurm steht zwar ein sehr attraktives Angebot zur Verfügung. Allerdings haben längst nicht alle Kinder die Möglichkeit, den Weg dorthin selbständig zurückzulegen. Auch die dezentralen Spielgelegenheiten in den Quartieren dürfen nicht vernachlässigt werden. Zu diesen dezentralen Angeboten gehört

neben den städtischen Spielplätzen auch das Spielmobil, dessen Betrieb - wenn es nach dem Stadtrat geht - im 2015 eingestellt wird.

Das Spielmobil ist ein Treffpunkt, wo ungezwungene Begegnungen zwischen Menschen verschiedenen Alters und unterschiedlicher Herkunft, Kultur und sozialer Schicht stattfinden können. Von Kleinkindern über Schulkinder, Eltern und Grosseltern kommen die verschiedensten Menschen zusammen in Kontakt. Die Aktivitäten des Spielmobils fördern die motorischen, gestalterischen und sozialen Fähigkeiten der Kinder. Da das Angebot kostenlos ist, kann es von allen Kindern genutzt werden. Somit leistet es einen wichtigen Beitrag zur Integration und bildet auch noch einen wesentlichen Gegenpol zur zunehmenden Bewegungsarmut.

Das Spielmobil ist eine Institution, die nicht einzig durch die Stadt Uster getragen wird. Ein Drittel der Kosten wird aus Drittmitteln finanziert. Geldgeber sind Institutionen, die bewusst niederschwellige Angebote unterstützen. Diese Mittel werden der Kinder- und Jugendarbeit in Uster ebenfalls fehlen, wenn der Beitrag der Stadt an das Spielmobil gestrichen wird.

Bei der Debatte zur Erhöhung des Kredits für den Holzwurm im Januar habe ich gesagt, dass der Holzwurm, das FRJZ und das Spielmobil die drei Pfeiler der Kinder- und Jugendarbeit in Uster bilden und es nicht sein dürfe, dass diese Institutionen gegeneinander ausgespielt werden. In diesem Rahmen habe ich von ihnen eine Zusammenarbeit und Koordination gefordert. Mit der Gründung des Vereins OKJA „Offene Kinder und Jugendarbeit“ sind die drei Vereine dieser Forderung nachgekommen.

Jetzt ein Jahr später will der Stadtrat einen dieser drei Pfeiler einfach absägen. Das brächte meiner Ansicht nach die ganze Kinder- und Jugendarbeit in Uster aus der Balance.

Die Mehrheit der Mittefraktion wird den vorliegenden Antrag aus der KBK unterstützen und ich bitte alle Gemeinderäte, denen die Kinder in Uster wichtig sind, dies ebenfalls zu tun.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Paul Stopper ergreift das Wort. Er führt aus, dass die BPU-Gemeinderäte die Erhöhungsanträge betreffend Elternbriefe und Spielmobil unterstützen werden. Er findet es bedenklich, dass über die verhältnismässig kleinen Beträge gestritten wird. Er hat eh Mühe mit „NPM“; seine freie Übersetzung dazu: „nichts passiert mehr“. Im Leitbild von Uster steht übrigens, dass den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung gewährt werden soll.

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Zum Vorgehen des Stadtrats beim Spielmobil habe ich zwei grosse Fragezeichen:

Das erste Fragezeichen steht bei der Einleitung zum GF Kultur: Weshalb erwähnt der Stadtrat darin nichts, dass er die Unterstützung des Spielmobils streicht? Dafür gibt es aus Sicht der Grünen zwei mögliche Erklärungen:

- 1. Der gestrichene Betrag ist mit 60'000 Franken unerheblich. Da stellt sich unweigerlich die Frage: Weshalb streicht der Stadtrat einen unerheblichen Betrag?*
- 2. Der Stadtrat will nicht, dass der Gemeinderat realisiert, welche Leistungen er abbaut.*

Das zweite Fragezeichen steht in der LG Soziokultur (Seite D5) bei den Indikatoren: Da steht bei den Besucherzahlen für das Spielmobil eine Null. Erstaunlich wird's aber erst richtig in der folgenden Kolonne: Bei der Planung bis 2018 steht ein „Plus“. Mit anderen Worten: Der Stadtrat fährt zuerst die funktionierende Institution des Spielmobils an die Wand, um sie später dann wieder aufzubauen – allerdings mit erheblich mehr Aufwand. Für dieses Vorgehen habe ich leider keine Erklärung gefunden.

Das Spielmobil ist eine geradezu geniale Ustermer Institution: Es ist ein mobiler Spielplatz für die Quartiere und Aussenwachen. Das Spielmobil zeichnet ein Lachen auf viele Kindergesichter. Nach genau zehn Jahren will der Stadtrat das Spielmobil klammheimlich streichen. Dies ist ein Affront gegenüber allen Beteiligten und Engagierten. In Uster ist es nicht mehr wegzudenken. Das machen die 1500 Unterschriften für die Petition deutlich. Und sie zeigen dem Stadtrat unmissverständlich die Grenzen seiner Sparpolitik auf.

Die Idee, den Betrieb des Spielmobils im Abenteuerspielplatz Holzwurm zu integrieren, mag auf den ersten Blick Sinn machen. Doch für ein solches Zusammengehen braucht es vorgängig Abklärungen mit allen Betroffenen – und folglich Zeit. Diese fehlt mit einer Streichung oder einer Halbierung der Zuwendung für das Spielmobils.

Wenn wir das Spielmobil streichen, streichen wir Kinderlachen, Fröhlichkeit, Streiche, Ausgelassenheit. Das wollen wir Grünen nicht. Deshalb unterstützen wir den Antrag zur Beibehaltung des Spielmobils.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmungen

Antrag:

Der Globalkredit des GF Kultur ist um CHF 12'000 zu erhöhen. Die Stadt Uster übernimmt die Finanzierung der Pro Juventute-Elternbriefe während des ersten Lebensjahres des ersten Kindes.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 18 : 15 Stimmen

Der Antrag ist angenommen.

Claudia Wyssen beantragt die Schlussabstimmung zum Spielmobil unter Namensaufruf.

Der Vorsitzende erläutert das Vorgehen: Die beiden Anträge betreffend Spielmobil werden gegeneinander ausgemacht. Erst die Schlussabstimmung erfolgt mit Namensaufruf, sofern sich mindestens 12 Personen für diese Abstimmungs-Methode entscheiden.

Ursula Räuftlin fordert Marianne Siegrist auf, eine saubere Definierung ihres Antrages zu liefern. Ohne Anpassung des entsprechenden Indikators macht dieser nämlich keinen Sinn. Marianne Siegrist präzisiert die Halbierung des Indikators, also 950.

Abstimmung betreffend Abstimmung unter Namensaufruf

Der Gemeinderat beschliesst

mit 13 Stimmen, also mehr als einem Drittel, der Antrag ist angenommen.

Ausmarchung der beiden Anträge Spielmobil:

Antrag um Erhöhung von CHF 30'000: 14 Stimmen

Antrag um Erhöhung von CHF 60'000: 18 Stimmen

Schlussabstimmung unter Namensaufruf:

Name	Vorname	Enthaltung	Vorlage annehmen	Vorlage ablehnen
Agosti	Kathrin		x	
Amherd	Julia		x	
Bernhard	Deborah			x
Biacchi	Giuseppe			x
Bickel	Matthias	x		
Borer	Anita			x
Denzler	Rolf			x
Ehrbar	Roman			x
Ehrensperger	Markus			x
Fitze	Monika		x	
Frei	Patricio		x	
Gösken	Jürg	x		
Harder	Wolfgang		x	
Keel	Hans			x
Kessler	Werner		x	
Koller	Ivo		x	
Locher	Rudolf	x		
Meier	Walter	Präsident		
Mischol	Beatrice		x	
Modolo	Bruno			x
Niedermann	Karin		x	
Rauber	Mary		x	
Räubtlin	Ursula		x	
Sägesser	Richard	x		
Schelldorfer	Hilda			x
Schneider	Meret		x	
Seiler	Gabriela			x
Siegrist	Marianne	x		
Stopper	Paul		x	
Strucken	Walter	entschuldigt		
Thalmann	Balthasar		x	
Wanner	Markus		x	
Weder	Marius		x	
Wüthrich	Thomas		x	
Wyssen	Claudia		x	
Zwald	Theo			x

Der Antrag ist mit 18 Stimmen angenommen (11 Stimmen sind dagegen, 5 Enthaltungen).

4.7 GF Finanzen

Es referiert **Markus Wanner**

Ich fasse die Diskussionen und Entscheide der KÖS und der RPK in diesem Referat zusammen.

Das Geschäftsfeld Finanzen beantragt einen Globalkredit von CHF 1,922 Mio., dies sind rund CHF 1,3 Mio. mehr als gegenüber dem Voranschlag 2014. Der Stellenplan bleibt mit 26 Stellen unverändert.

Die wichtigsten Punkte.

Die Verschlechterung des Globalkredits kommt ausschliesslich daher, dass der interne Zinssatz aufgrund des deutlich tieferen Fremdkapitalzinssatzes auf den Voranschlag 2015 hin massiv gesenkt wurde. Aufgrund dieser Anpassung kam es in den GF Finanzen und Liegenschaften zu deutlichen Verschiebungen. Auf das Resultat des Gesamtergebnisses hat diese Änderung aber keinen Einfluss.

Die Überarbeitung des Prozesses Beitragswesens, welche im 2. Semester 2013 gestartet wurde, ist leider noch nicht abgeschlossen. Die Kommission hat bereits letztes Jahr darauf hingewiesen, dass es ihr wichtig erscheint, dass die Überarbeitung 2014 abgeschlossen werden kann. Beiträge können in der Stadtverwaltung bei mehreren Geschäftsfeldern eingereicht werden, das ist nicht optimal und kann dazu führen, dass Gesuche unterschiedlich behandelt werden. Die Abteilung Finanzen geht davon aus, dass die neuen Prozesse im 1. Quartal 2015 implementiert werden.

Bei der LG Finanz- und Rechnungswesen wird erwähnt, dass die Dienstleistungen, welche die Finanzverwaltung anderen Organisationen anbietet, bei neuen Verträgen zu Vollkosten und nicht mehr wie früher zu Selbstkosten verrechnet werden. Das scheint uns richtig. Die Kommission kann bei der Finanzabteilung Einblick in die Vollkostenrechnung erhalten, das wird sie vermutlich anlässlich der Besprechung der Rechnung 2014 vornehmen.

Bei der LG Informatik möchten wir auf die Kennzahl K05 Kosten pro Arbeitsplatz hinweisen. Die Kosten wurden neu berechnet. Neu wird die Basisinfrastruktur eines Arbeitsplatzes genommen, das sind PC, Tastatur, Maus, Bildschirm, Software und Datennetzwerk. Die Kosten werden dadurch massiv tiefer ausgewiesen als vorher, als die Gesamtkosten der Informatik genommen wurden und durch die Anzahl PC-Arbeitsplätze dividiert wurde. Die Anzahl Spezialsoftwareapplikationen hat einen Einfluss auf diese Berechnung. 150 Applikationen scheinen viel, wenn man aber die unterschiedlichen Aufgabengebiete einer Verwaltung betrachtet, relativiert sich diese Zahl. Wichtig zu wissen ist auch, dass die Abteilungen zu Händen des Informatikausschusses neue Software beantragen. Falls eine ähnliche Software bereits im Einsatz steht, kann der Informatikausschuss eine solche Beschaffung ablehnen.

Die KÖS beschliesst einstimmig dem Gemeinderat zu beantragen, den Leistungsauftrag und den Globalkredit des GF Finanzen zu genehmigen.

4.8 GF Liegenschaften

Es referiert **Markus Wanner**

Ich fasse die Diskussionen und Entscheider der KÖS und der RPK in diesem Referat zusammen.

Das Geschäftsfeld Liegenschaften beantragt einen Globalkredit von CHF 6'498'000.-, das sind CHF 1'513'000.- weniger als im Vorjahr. Der Stellenplan bleibt mit 41.5 Stellen unverändert.

Die wichtigsten Punkte:

Die Verbesserung des Globalkredits kommt ausschliesslich von der LG Immobilienbewirtschaftung. Der interne Zinssatz wurde aufgrund des deutlich tieferen Fremdkapitalzinssatzes auf den Voranschlag 2015 hin massiv gesenkt. Aufgrund dieser Anpassung kam es im LG Immobilienbewirtschaftung zu deutlich tieferen Kosten.

Bei der LG Grundstückbewirtschaftung wurde die Kennzahl K06 Kauf von Grundstücken diskutiert. Der Stadtrat erläuterte, dass zurzeit verschiedene vertrauliche Kaufverhandlungen pendent sind. Damit die Verhandlungen ohne äussere Einflüsse fortgesetzt werden können, werden im Moment dazu keine weiteren Informationen abgegeben.

Bei der LG Baumanagement weisen wir auf den wichtigen Indikator I03 Unterhaltskosten in % des Gebäudeversicherungswertes der strategischen Gebäude hin. Bei diesem Indikator wird der Durchschnitt der letzten 10 Jahre genommen. 2 % vom Gebäudeversicherungswert sind dabei ein Richtwert in der Immobilienbewirtschaftung für Unterhaltskosten (Instandhaltung, Instandsetzung). Der Indikator ist im Moment steigend, die 2 % sind aber noch nicht erreicht, d.h. wir haben eher noch einen Instandhaltungsrückstand.

In der Investitionsrechnung wurden 2 Anträge betreffend Investitionsplanung Villa am Aabach und untere Farb gestellt. Beide Anträge wurden in der KÖS abgelehnt. Der Antrag betreffend Villa am Aabach wurde in der RPK nochmals gestellt, aber auch hier abgelehnt.

Die KÖS beschliesst einstimmig dem Gemeinderat zu beantragen, den Leistungsauftrag und den Globalkredit des GF Liegenschaften zu genehmigen.

Ivo Koller

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Die Mitte Fraktion steht den Investitionen fürs nächste Jahr in der unteren Farbe (250') und der Villa am Aabach (600') skeptisch gegenüber. Weshalb?

In den nächsten Jahren resp. bis 2018 sollen in der unteren Farbe 4.1 Mio. investiert werden. Eine sehr grosse Investition, wenn man bedenkt, dass darin lediglich das Stadtarchiv und ein kleiner Teil Büroräumlichkeiten untergebracht werden sollen. Nein, meine Aufzählung ist noch nicht vollständig, ein Biergarten soll's ja auch noch geben. Ein Schelm, wer aufgrund des Biergartens gleich eine negativ belastete Verbindung zur nebenanliegenden Alkiszene sieht. Die Frage sei aber erlaubt, ob es sinnvoll ist, durch die Stadt einen direkten Konkurrenzbetrieb zum Stadtpark-Café aufzubauen? Ebenfalls in unmittelbarer Nähe zur unteren Farb befindet sich mit dem japanischen Restaurant ein weiterer Gastrobetrieb in städtischer Hand, welcher meines Wissens ebenfalls eher mehr anstatt weniger Gäste vertragen könnte.

Unsere Fraktion begrüsst mehrheitlich ein Zusammenzug der verschiedenen Standorte des Stadtarchivs. Doch Bedarf es dazu Investitionen in Millionenhöhe und ein Gebäude an solch zentraler und privilegierter Lage? Man bedenke, dass das Stadtarchiv verständlicherweise bei weitem kein Publikumsmagnet ist. So besuchen wenige Duzend oder wenige 100 Personen die heutigen Archiv-Örtlichkeiten. Nein, nicht pro Tag sondern im Jahr.

Wir sind skeptisch, ob der stadträtliche Entscheid "Stadtarchiv in die untere Farb" in der Bevölkerung auf Wohlwollen stösst. Deshalb bedauern wir, dass der Gemeinderat bis dato noch nicht dazu befragt wurde. Wir würden es deshalb ausserordentlich begrüssen, wenn sich der Gemeinderat zu der angedachten Nutzungsvorstellung eventuell auch vor einem zu sprechenden Kredit dazu baldmöglichst äussern könnte. Damit könnte ein möglicher Scherbenhaufen möglichst klein gehalten werden.

Das letzte Fragezeichen setzten wir bei der unteren Farb beim Hochwasserschutz. Im provisorischen Programm zum Studienauftrag ist zu lesen, dass die Hochwassersicherheit des Aabachs 2011 realisiert wurde. Was das genau heisst, ist uns nicht klar. Klar ist jedoch, dass ein Gebäude kaum näher am Aabach liegen könnte und deswegen der Gefahr von Hochwasser immer ausgesetzt sein wird.

Zur Villa am Aabach möchte ich nicht viele Worte verlieren. Die Mitte-Fraktion verweigert sich bei der Villa nicht dringend notwendiger Sanierungsarbeiten. Ob eine Pinselsanierung oder eben wie aufgeführt eine Innensanierung gleich 600'000 Franken kosten muss, sei kritisch zu hinterfragen. Wir legen Wert darauf, dass diese Arbeiten keinesfalls über das Werterhaltende hinausgehen dürfen. Denn nach wie vor ist die zukünftige Nutzung für die Villa am Aabach ungewiss, obwohl eine Antwort dazu vom Stadtrat schon lange versprochen wurde. Wir wollen Klarheit, bevor das Portemonnaie geöffnet wird.

Die Mittelfraktion verzichtet aber auf die erneute Stellung der Anträge aus der KÖS.

Besten Dank.

Ivo Koller

4.9 GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Es referiert **Balthasar Thalmann**

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Das GF Infrastrukturbau und Unterhalt ist - wie es sein Name schon sagt - für einen Großteil der technischen Infrastrukturen zuständig. Die Investitionsplanung war und ist auch immer ein großes Thema. Vor einigen Jahren monierte der Gemeinderat, dass die budgetierten Investitionen nur zu einem Teil und häufig mit zeitlichen Verzögerungen realisiert wurden. Es wurden in der Folge verschiedene Maßnahmen ergriffen: zum einen wurde in der LG Infrastrukturmanagement eine Stellenerhöhung zugebilligt. Zum anderen wurde ein Globalkredit für die Investitionsplanung eingeführt und nun werden auch die Verantwortlichkeiten für die Abwicklung von Investitionsvorhaben klarer geregelt und im Leistungsauftrag abgebildet.

In den letzten Jahren betrug die Investitionsplanung für dieses GF jeweils über Fr. 9 Mio. Der Stadtrat hat diesen Betrag aus finanzpolitischen Überlegungen fürs 2015 bei 7.5 Mio. festgesetzt und gleichzeitig festgehalten, dass dieser Betrag für die Erfüllung des Leistungsauftrags eigentlich zu wenig ist. Er geht davon aus, dass für Sanierungen jährlich rund Fr. 5-6 Mio., für Begleitung Stadtentwicklung Fr. 2 Mio. und für Projekte Dritter Fr. 2 Mio., also insgesamt Fr. 9 Mio. zur Verfügung stehen müssten.

Im Informationsteil werden nun auch die prioritären Vorhaben aufgelistet, welche im Rahmen des Globalkredits vorgesehen sind. Von den Fr. 7.5 Mio. sind im 2015 Fr. 350'000 für den Neubau eines neuen Radwegs nach Freudwil vorgesehen. Dieser kostet insgesamt rund Fr. 1.8 Mio. Die Mehrheit der KPB ist der Meinung, dass der Globalkredit in der Investitionsplanung ohnehin zu tief ist, als dass darin auch noch eine komplette Neuinvestition untergebracht werden könnte. Sie beantragt deshalb mit 5:4 Stimmen, den Globalkredit in der Investitionsplanung um den Betrag des Radweg Freudwil, also um Fr. 350'000 zu erhöhen. Damit ist es neben den übrigen Vorhaben möglich, die Sanierungen der Unterbühlenstraße und Friedhofstrasse bereits im 2015 anzugehen. Die Mehrheit der KPB ist der Meinung, dass es nichts bringt, ohnehin anstehende Investitionen nach hinten zu schieben. Die Erhöhung der Investitionsplanung um Fr. 350'000 hat eine Erhöhung des Globalkredits in der laufenden Rechnung um Fr. 35'000 (Abschreibungen) zur Folge.

Noch ein Hinweis: Über die neue Leistung L04 zur Umsetzung der Leistungsmotion Konzept Velostadt Uster in der LG Infrastrukturmanagement wird im Rahmen der Diskussion über diese Leistungsmotion entschieden.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Rudolf Locher aus der Rechnungsprüfungskommission

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Die KPB beantragt mit 5:4 Stimmen, den Investitionskredit auf 7,85 Mio. zu erhöhen.

*Die RPK will diese Erhöhung wie folgt erläutern:
Die Investitionsplanung sieht Fr. 6,2 Mio. für Strassenbauten vor, davon 4,9 Mio. für die Objekte gemäss Seite G/1. inkl. dem Freudwiler Radweg über 1,8 Mio.
Die übrigen 1,3 Mio. verteilen sich auf verschiedene andere Projekte.*

Der Freudwiler Radweg wird die Jahresrechnung 2015 aber nur mit dem Betrag von 350'000.- belasten. So beantragt die Baukommission, die eingestellten Gelder, im Sinne der gewollten Flexibilität, für andere geplante und baureife Projekte einzusetzen. Es sind dies die Friedhofstrasse, Objekt 73 und die Unterbühlenstrasse, Objekt Nr. 115, beide im Betrage von ungefähr 1,8 Mio. Hinzu kommt der verbleibende Teilbetrag von 350'000.— für den Freudwiler Radweg. Addieren Sie dazu die 1,3 Mio. für Entwässerungen, ergibt dies neu die Summe von 7,85 Mio. Franken. (4,9 - 1,8 + 1,8 + 1,3 = 6,2) + 0,35) + 1,3 für „Entwässerungen“ ergibt 7,850 Mio. CHF.)

*Dieser Antrag wurde in der RPK mit 5 zu 3 Stimmen abgelehnt.
Zwei weitere Anträge betreffend des Freudwiler Radweges a) gänzliche Streichung = -1,8 Mio. und b) Streichung der Fr. 350'000.— wurden beide mit 1:7 Stimmen abgelehnt.*

Allgemeines zur Weisung Nr. 14, Investitionsplanung

*Die RPK wünscht sich zur besseren Entscheidungsfindung anstelle der leeren Seiten wieder Zeitinformationen mit Teilbeträgen und die Gesamtsummen aller Projekte.
Die Abteilung Bau wurde beauftragt, die Strassenbauten flexibler zu planen, um die gesprochenen Geldbeträge budgetgenauer umzusetzen. Dies soll mit zeitlichen Vorverschiebungen bzw. Ersatzobjekten erreicht werden. Mit einem Zusatzvermerk könnte die Baureife bzw. die Planungsphase angezeigt werden.
Oft haben kreditbewilligte Projekte unvorhergesehene Verzögerungen erlitten, baureife Projekte konnten aber mangels Kreditfreigabe nicht ausgeführt werden.*

*Die RPK bedankt sich beim Stadtrat im Voraus für diese Anpassung.
Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.*

*Für die RPK
Rudolf Locher*

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass es für den Stadtrat schwierig ist, Stellung zu nehmen, da die Anträge aus der Sachkommission und Rechnungsprüfungskommission nicht korrespondieren.

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Der Antrag, der in der KPB eine Mehrheit fand, aber in der RPK nicht, war sicher gut gemeint, um mit einer Erhöhung des Globalkredits Investitionen sowohl dem Wunsch der Abteilung nach künftig wieder höherer Investitionsbudgets nachzukommen, als auch tatsächlich bereits im 2015 einige dringende Projekte vorziehen zu können.

Nur soll bei einer solchen Erhöhung auch gesagt werden, was denn konkret damit vorzuziehen sei, zumal der bereits beantragte Investitionskredit von total 7,5 Millionen Franken schon reichlich Luft lässt zwischen den konkret benannten Investitionsprojekten und für Projekte aus der langen Wunschliste in der Investitionsplanung.

Zum Beispiel würden darin die in der Investitionsplanung 2013 noch preislich aufgeführten Projekte Friedhofstrasse für 260 Tausend Franken, sowie Unterbühlenstrasse für 330 Tausend Franken inklusive Bauteuerung gut Platz finden.

Die totale Investitionssumme aller Projekte hat seit der Planung von Ende 2012 noch etwas zugenommen und während damals für die Jahre 2015 und folgende noch von jährlichen Krediten von rund 13 Millionen Franken ausgegangen wurde, sollte unserer Meinung nach der jetzige Kredit 2015 für dringende Projekte sinnvoll ausgeschöpft werden.

Für die Folgejahre schliesse ich mich dem Schlusssatz zur Investitionsplanung an, dass künftige Investitionsbudgets vertieft auf Nachhaltigkeit zu überprüfen seien, um den Werterhalt gewährleisten zu können. Zu lange aufgeschobene Sanierungen können leicht zu noch höheren Kosten führen. Für die Folgejahre gilt es daher, die Wunschliste der Abteilung zu reduzieren und die jährlichen Investitionskredite gut begründet anzupassen.

Die Mittefraktion lehnt es fürs aktuelle Budget ab, dem KPB-Antrag zur Erhöhung des Investitionskredits zuzustimmen.

– Ich danke.

Für die Mittefraktion

Jürg Gösken

Paul Stopper illustriert anhand einiger Bilder, dass auf der einen Seite der Zustand von gewissen Strassen dringende Sanierungen erfordern würde. Auf der anderen Seite wurden noch weitgehend intakte Randsteine ersetzt. In der Investitionsplanung werden über hundert Bau-Projekte aufgeführt, ohne jedoch die Kosten anzugeben. Es stellt sich zudem die Frage von gebundenen und nicht gebundenen Kosten. Herr Stopper wird den Antrag auf Erhöhung des Kredites ablehnen, da die Stadt Uster offenbar viel Geld hat für Unnötiges.

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat bei jedem Objektkredit unterscheidet zwischen gebundenen und nicht gebundenen Kosten.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

Antrag

Der Investitionskredit sei auf CHF 7,85 Mio. zu erhöhen. Die Sanierungen Friedhof- und Unterbühlstrasse sind vorzuziehen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 11 : 21 Stimmen

der Erhöhungsantrag wird abgelehnt.

4.10 GF Stadtraum und Natur

Es referiert **Markus Ehrensperger**

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Ich darf für die KPB und für die RPK sprechen.

Die grösste Änderung in diesem GF ist personeller Natur. Walter Ulmann geht nach 37 Dienstjahren als Stadtplaner und Geschäftsfeldleiter in den Ruhestand und wird Leiter einer neuen Leistungsgruppe für die grossen Projekte. Diese befinden sich gemäss Angaben der verantwortlichen Personen auf Kurs.

Die Stelle des Stadtplaners und neuen Geschäftsfeldleiters wird ausgeschrieben. Insbesondere steht für den neuen Stadtplaner die Ortsplanrevision bevor.

Der beantragte Globalkredit für das Geschäftsfeld bleibt mit 3.822 Mio. CHF grundsätzlich auf Vorjahresbudget-Niveau. Ebenso die Investitionen von 1.8 Mio. CHF. Innerhalb der Leistungsgruppen ergibt sich eine Verschiebung in die neue LG Projektentwicklung.

Der gesondert ausgewiesene Beitrag an den ZVV sinkt um rund 100'000 CHF, trotz des Ausbaus der S15 bis an die Randstunden. Dies erklärt sich damit, dass die ZVV-Beiträge jeweils um rund 2 Jahre der Aktualität hinterherhinken. Die entsprechend erhöhte Rechnung kann daher in den nächsten Jahren erwartet werden.

In der Sachkommission wurde ein Antrag zur Erhöhung des Globalkredites um CHF 60'000.— für Spielplatzverbesserungen mehrheitlich angenommen. Das Geschäftsfeld wurde danach einstimmig angenommen.

Die Rechnungsprüfungskommission lehnt die Erhöhung des Globalkredites um CHF 60'000.— mehrheitlich ab.

Die minimalistische Darstellung der Projekte im Investitionsplan dient der maximalen Flexibilität der Verwaltung bei Bauvorhaben und wurde durch die Sachkommission als sinnvoll erachtet. In der RPK stiess die Darstellung auf Kritik.

*Die **Leistungsmotion 596** "Umsetzung Velokonzept innerhalb von max. 10 Jahren" müsste durch die LG Stadt- und Verkehrsplanung umgesetzt werden. Da es sich dabei aber nicht um ein "Konzept", sondern um bauliche Schwachstellenbehebungen handelt, wurde im GF Infrastrukturbau und Unterhalt, in der LG Infrastrukturmanagement, ein entsprechendes Leistungsziel provisorisch aufgenommen. Auch die Kosten müssten in diesem GF ausgewiesen werden. Es ist anzumerken, dass seit 2012 jährlich 100'000 CHF für Radwegoptimierungen im Budget eingestellt sind. Der Stadtrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.*

Die Sachkommission und auch die RPK folgen mehrheitlich dem Stadtrat.

Markus Ehrensperger

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Betragsmässig unter dem Radar liegen viele kleine Investitionen und Reparaturen, welche in der Leistungsgruppe Natur und Landwirtschaft für die leistungszielkonforme Erfüllung des Unterhalts und der Umgestaltung der öffentlichen Spielanlagen dient.

Gemäss Antwort auf das Postulat 573 mit ebendiesem Fokus wollte der Stadtrat bereits im 2014 diverse Massnahmen treffen und auch künftig den Spielplätzen wieder mehr Sorge tragen. Dem Globalbudget ist dies nicht anzumerken, so dass ich davon ausgehe, dass es beim kommunizierten Unterhalts- und Umgestaltungsbudget von 40 tausend Franken in ungefähr geblieben ist.

Ein solcher Betrag reicht natürlich nicht aus, um die Spielanlagen tatsächlich sanft aufzuwerten und zu modernisieren, geschweige denn richtig zu sanieren. Die Sanierung des Spielplatzes Rebenweg erstreckt sich inzwischen über mehrere Jahre, was zwar seinen Reiz für Baustellengucker haben mag, aber die Spielplatzbenutzung über viel zu lange Zeit einschränkt bis verunmöglicht.

Unsere Fraktion unterstützt deshalb die beantragte Erhöhung des Globalkredits, um genau in diesem Bereich das Unterhaltsbudget von 40 auf total 100 tausend Franken zu einem Unterhalts- und Umgestaltungsbudget für Spielplätze aufwerten zu können.

– Ich danke.

Für die Mittefraktion

Jürg Gösken

Zur Leistungsmotion

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Mit den Ausführungen des Stadtrates auf unsere Leistungsmotion sind wir Grünen zufrieden, auch wenn wir nach wie vor eine andere Schlussfolgerung ziehen.

Die stadträtliche Antwort ist sorgfältig und umfassend ausgearbeitet worden und scheint uns geradezu modellhaften Charakter zu haben.

So können wir die Überlegungen des Stadtrates absolut nachvollziehen, ja die Motionäre müssen der Exekutive sogar Recht geben. Der Motionstext insinuiert in der Sache tatsächlich ein relativ unflexibles Vorgehen. Da scheint uns der Umsetzungsvorschlag des Stadtrates pragmatischer und darum letztlich auch cleverer.

Insbesondere greift er die beiden Hauptforderungen der Motion auf und implementiert sie ins System des NPM.

Uns Motionären ging es in erster Linie darum, dass an der Umsetzung des Velokonzepts – im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt – konsequent und kontinuierlich weitergearbeitet wird – und dass die Umsetzung innert nützlicher Frist erfolgt.

Zweitens verlangt die Motion im Kern, dass über den Stand der Umsetzung regelmässig Rechenschaft abgegeben wird.

Das heisst, die Leistungsmotion wollte im Wesentlichen Verbindlichkeit und Transparenz schaffen.

Das ist mit dem stadträtlichen Vorschlag gewährleistet.

Wir sind damit einverstanden, dass in der Leistungsgruppe Infrastrukturbau und Unterhalt unter dem Kapitel "Einleitung" (aktuell Seite G/1) jeweils über den aktuellen Planungs- und Realisierungsstand der Massnahmen "Velostadt Uster" berichtet wird.

Ebenso sind wir damit einverstanden, dass in der Leistungsgruppe Infrastrukturmanagement (aktuell G/4) ein neues Wirkungs- und Leistungsziel aufgenommen wird, wie es der Stadtrat vorschlägt: "Z03 Die Umsetzung des Velokonzepts ist prioritär zu behandeln."

Folgerichtig bedarf es auch der Formulierung einer Leistung. Auch hier findet sich im Voranschlag bereits ein praktikabler Lösungsvorschlag des Stadtrates:

Seite G/4 – L04 Umsetzung Leistungsmotion Konzept Velostadt Uster (Projekt- und Oberbauleitung).

Der Vorteil dieser Gesamtlösung liegt schliesslich auch darin, dass die langfristige Finanz- und Investitionsplanung nicht noch zusätzlich durcheinandergebracht wird, es liegen noch genügend Unwägbarkeiten in der Luft.

Wir bitten Sie deshalb, die Leistungsmotion im Sinne des stadträtlichen Umsetzungsvorschlags definitiv für erheblich zu erklären und die Umsetzung des Velokonzepts im Rahmen von NPM festzuschreiben.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Den Antrag des Stadtrats zur Ablehnung der Leistungsmotion „Umsetzung Velokonzept“ lehnen wir wiederum ab, da wir die Antwort des Stadtrates so gut finden.

In seinem Bericht zur Leistungsmotion erklärt der Stadtrat wohl unbeabsichtigt, wie sinnvoll so eine

Leistungsmotion sein kann um dann im Antrag zur Leistungsmotion sogar eine recht gute Umsetzung vorzuschlagen, sollte die Leistungsmotion entgegen seinem Willen für erheblich erklärt werden.

Dabei verursachen ein zusätzlicher Indikator und ein kleiner erklärender Absatz im dicken Bericht Leistungsaufträge kaum nennenswerte Kosten. Dafür hält man damit zur Erinnerung fest, dass man eigentlich ein mittel- bis langfristiges Ziel hätte, um bei anstehenden sonstigen Sanierungen im Strassenraum auch noch an ausstehende Massnahmen des Velokonzpts zu denken.

Zurzeit sind noch 32 von total 83 Massnahmen offen und diese offenen Massnahmen werden fast alle als Priorität eins oder zwei (von vier) bewertet. 25 davon wolle die Abteilung Bau innert zehn Jahren realisieren. Na also, wenn ich daran denke mit welcher Halbwertszeit das Wissen um Erkenntnisse aus Vorjahresberichten schwindet, ist so eine Gedächtnisstütze in kommenden Berichten absolut sinnvoll.

Wenn ich nur schon ans Beispiel Radweg Freudwilerstrasse denke: Seit Februar 2009 ist die Projektierung beschlossen und erst vier Jahre später ist mit deren Umsetzung gestartet worden, um erst fürs 2015 ins Budget aufgenommen zu werden. Dabei hat sich am Bedürfnis für den Radweg nichts geändert und die Freudwiler blieben im Unklaren, ob der Radweg auch tatsächlich gebaut wird.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort bereits ein gutes Leistungsziel formuliert, aber noch keinen brauchbaren Indikator vorgeschlagen, um die Umsetzung zu messen. Mit dieser Frage kann sich natürlich dann die Wirkungs- und Leistungsprüfung durch die KPB näher auseinandersetzen, dennoch sehe ich einen Indikator für brauchbar, der das Verhältnis von realisierten zu total Massnahmen festhalten würde - aktuell also „51/83“.

Die Mittefraktion möchte die Leistungsmotion entsprechend für erheblich erklären und lehnt den gegenteiligen Antrag des Stadtrates folgerichtig ab. – Ich danke.

Für die Mittefraktion

Jürg Gösken

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat die Leistungsmotion zur Ablehnung vorschlägt, es soll keine neue Leistung definiert werden. Dafür wird jährlich im Prosatext darüber berichtet. Für einen Teil der Massnahmen des Velokonzpts ist der Kanton zuständig; hier hat der Stadtrat nur beschränkte Einflussmöglichkeiten. Diese Leistungsmotion ist ein zahnloser Tiger.

Paul Stopper stellt den

Antrag: *Der Investitionskredit sei um CHF 250'000 zu kürzen (Nr. 202, Hochwasserschutz, Anpassung Aabach)*

Meret Schneider ergreift das Wort. Wenn sich der Stadtrat verantwortlich fühlt betreffend den kantonalen Massnahmen, ist das gut, aber der Motionstext geht nicht in diese Richtung. Der Stadtrat muss sich nur um die Dinge in Uster kümmern.

Balthasar Thalmann

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Das Velokonzpt fußt auf einem Postulat des ehemaligen SP-Gemeinderats Peter Grob. Die Idee dahinter ist nicht, bessere Velowege aus Vergnügen zu bauen. Nein, Uster ist aufgrund der Topographie und der kompakten Siedlungsstruktur ideal für Velofahrende. Mit stetigen

Bevölkerungswachstum ist in Uster auch mit Mehrverkehr zu rechnen. Je mehr davon zu Fuß oder mit dem Velo bewältigt wird, desto weniger Probleme haben wir mit dem Autoverkehr und dem ÖV, also desto günstiger wird es für die Allgemeinheit. Es ist es daher wert, das Velokonzept mit hoher Dringlichkeit umzusetzen und die nötigen Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen daher die Leistungsmotion und verstehen den Stadtrat nicht, weshalb er diese Leistungsmotion ablehnt und damit zumindest implizit nicht mehr in die günstigen und effizienten Verkehrsträger stecken möchte. Für die Stadtentwicklung wäre dies nur förderlich.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Stadtrat Thomas Kübler führt an die Adresse von Paul Stopper aus, dass es sich bei dem von ihm angesprochene Projekt um ein Projekt des kantonalen Hochwasserschutzes geht und es ist nicht an uns, über den Sinn oder Unsinn zu entscheiden. Wir haben keine Wahl, ob wir das Geld ausgeben wollen oder nicht, da es sich um eine gebundene Ausgabe handelt.

Thomas Wüthrich zur Leistungsmotion: der „modellhafte Charakter“ des stadträtlichen Berichts zur Leistungsmotion bezieht sich auf die Ausführungen unter „D. Antrag zur Leistungsmotion, zweiter Abschnitt“.

Paul Stopper ergreift nochmals das Wort. Kantonale Beiträge sind nicht gebunden, dann kann auch der Beitrag der Stadt nicht gebunden sein. Ausserdem gibt es ein Wasserwirtschaftsgesetz. Die Stadt ist nicht für Beiträge an den Kanton verpflichtet.

Ursula Räuftlin meint, ein Entlastungskanal sei doch ein in Bauwerk in der Stadtentwässerung und müsste somit über die Spezialfinanzierung laufen.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmungen über die Anträge

Antrag aus der KPB (Spielplätze)

Der Globalkredit sei um CHF 60'000 zu erhöhen. Das Unterhaltsbudget für die öffentlichen Spielplätze ist entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 19 : 15 Stimmen

der Erhöhungsantrag wird angenommen.

Antrag von Paul Stopper

Der Investitionskredit sei um CHF 250'000 zu kürzen (Nr. 202, Hochwasserschutz, Anpassung Aabach)

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 2 : 21 Stimmen

der Kürzungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung über Leistungsmotion

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 16 : 16 Stimmen (Stichentscheid Präsident)

die Leistungsmotion ist für erheblich erklärt.

4.11 GF Hochbau und Vermessung

Es referiert **Rolf Denzler**

Die KPB hat zustimmend von der Personalerhöhung in der Leistungsgruppe Baubewilligung- und –beratung Kenntnis genommen. Dies vor dem Hintergrund, dass aufgrund des höheren Gebührenertrages wegen der nach wie vor stark anhaltenden Bautätigkeit mit komplexen Überbauungen diese Personalaufstockung praktisch kostenneutral ausfällt.

Das GF gab in der Kommission zu keinen inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB hat einstimmig (9:0) das Globalbudget und den Leistungsauftrag des GF Hochbau und Vermessung gutgeheissen.

Rolf Denzler

4.12 GF Koordination Bildung

Es referiert **Marianne Siegrist**

Am 4. November 2014 hat sich die Subkommission (Anita Borer, Kathrin Agosti, Marianne Siegrist, Walter Meier war verhindert) mit den Vertretern der Primarschule Stadträtin Patricia Bernet, dem Leiter Schulverwaltung Markus Vanza und Fredy Ulmer, Bereich Finanzen der Primarschule für ein Gespräch getroffen. Herzlichen Dank für die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Bei den Globalkrediten werden neu die Bereiche „Schulpsychologischer Dienst“ und „Familienunterstützung“ aufgeführt.

Zum Bereich „Familienunterstützung“ mit einem Kredit von 73'000 Franken gehören allesamt Leistungen, die nicht zwingend Aufgaben der Volksschule sind, diese aber unter Umständen stark entlasten.

Weshalb wurde der Schulpsychologische Dienst ins GF Koordination Bildung transferiert und damit dem Stadtrat unterstellt? Der Kanton hat eine Verordnung mit Mindestvorgaben betreffend Grösse, Professionalität etc. erlassen. Fünf Körperschaften haben sich nun dazu entschlossen, ihre Leistungen beim SPD Uster einzukaufen, selbstverständlich zu kostendeckenden Preisen. Zwischen Stadtrat und Primarschule wird eine Leistungsvereinbarung die Aufgaben regeln.

Die Mehrkosten bei der Schulverwaltung werden hauptsächlich mit den beiden Projekten Digitalisierung Personal-/Schülerdossiers und elektronisches Bewerbungsmanagement begründet.

Musikschule: Der Indikator I 02 „Anteil der Schüler/innen, die Gruppenunterricht besuchen“ kann erfreulicherweise auf 24 % gesteigert werden, was einem schon seit längerem geäusserten Wunsch des Gemeinderates entspricht. Und dies ohne Einbezug der Blockflötenkurse.

Antrag

*Dem Antrag, den Personalbestand in der Primarschulverwaltung um eine 50 % Stelle zu ergänzen (Kosten ca. 60'000 Franken), wird mit **2:7 Stimmen abgelehnt**.*

In der RPK wurden keine Anträge gestellt.

Schlussabstimmung KBK

Das beantragte Globalbudget 2015 des GF Koordination Bildung von CHF 2'432 Mio. und Investitionen von Null Franken wird einstimmig mit 9:0 Stimmen genehmigt.

Marianne Siegrist

4.13 GF Sicherheit

Es referiert **Giuseppe Biacchi**

Das GF Sicherheit beantragt einen Globalkredit von Fr. 3,594 Mio. und liegt über alle Leistungsgruppen gesehen rund Fr. 195'000 über dem Budget 2014. Die Erhöhung des Globalkredits respektive die Mindereinnahmen sind bei der Stadtpolizei zu suchen und zu finden, da gegenüber 2014 tiefere Parkgebühren budgetiert werden mussten. Durch die Anschaffung eines zweiten semistationären „Blitzkastens“ können die Mindereinnahmen aber wahrscheinlich zu einem guten Teil wieder aufgefangen werden.

In der Investitionsplanung sind Fr. 600'000 für diverse Anschaffungen eingestellt.

Aktuell sind bis auf wenige Stellenprozente bei der Stadtpolizei keine Vakanzen zu verzeichnen. Es ist unverändert schwierig bei Vakanzen gut ausgebildete Polizistinnen oder Polizisten zu rekrutieren. Uster versucht daher, eigene Polizeiaspiranten, die an der Züricher Polizeischule ausgebildet werden, zu rekrutieren. Die Vorgehensweise dieser internen Nachwuchsförderung wird vom Kommando als sinnvoller und nachhaltiger gehalten, als bei anderen Korps aktiv Personal abzuwerben.

Mit dem momentanen Korpsbestand ist die Abteilung Sicherheit aber auch am Limit der Einsatzzeiten. Ein weiterer Ausbau mit dem gleichen Bestand ist nicht möglich. Geprüft wird eine allfällige Kooperation mit Dübendorf, um den Nachtdienst unter der Woche und die Präsenz am Sonntag allenfalls auszubauen.

Mit einem Korpsbestand von aktuell 121 erfüllt die Feuerwehr Uster den mit der Gebäudeversicherung vereinbarten Minimalbestand von 100 Mann. Anträge wurden weder während der Behandlung in der Sachkommission noch in der RPK gestellt und behandelt. Die KÖS hat das GF Sicherheit einstimmig angenommen.

*Für die Kommission:
Giuseppe Biacchi*

4.14 GF Publikumsdienste

Es referiert **Giuseppe Biacchi**

LG Einwohnerdienste

K03, bei Wegzug wird der Grund nicht erfragt, da dies aus Datenschutzgründen nicht erlaubt ist.

Im Art. 6 des Registrierharmonisierungsgesetzes (RHG, SR 431.02) sind sämtliche in einem Einwohnerregister zu führenden Identifikatoren und Merkmale aufgeführt. Der Wegzugsgrund (wie im Übrigen auch der Zuzugsgrund) zählt nicht dazu.

LG Zivilstandsamt

Ab 2015 werden in Uster Ziviltrauungen erstmals auch am Samstag durchgeführt. Das Angebot wird mit zusätzlichen 20 Stellenprozenten abgedeckt.

Beratung und Abstimmung KÖS und RPK

Das Budget 2015 für das Geschäftsfeld Publikumsdienste wurde von der KÖS einstimmig gutgeheissen.

4.15 GF Soziale Sicherheit

Es referiert **Monika Fitze**

Ein allgemeiner Hinweis, der für alle Geschäftsfelder gilt: Im ganzen Voranschlag hat sich im Bereich der Indikatoren ein Fehler eingeschlichen. Bei den Indikatoren ist der Wert „BU 15“ Bestandteil des GR-Beschlusses. Die Überschrift „Information“ bei sämtlichen Indikatoren ist somit im ganzen Voranschlag falsch. (siehe auch S U/4)

Allgemeine Informationen

Das GF Soziale Sicherheit hat einen Anteil von 12,5 % am Gesamtbudget. Für 2015 wird der Betrag 13 307 000 budgetiert. Das bedeutet eine Abweichung nach unten von 376 000 oder 2,7% im Vergleich zum Budget 2014. Die Kosten je Einwohner belaufen sich auf 385 Franken. In den nächsten Jahren ist mit einer Erhöhung der Gesamtausgaben zu rechnen.

Wichtigste Hinweise

LG Sozialversicherung

In der LG Sozialversicherung konnte der Aufwand, aufgrund der Entwicklung der effektiven Fallzahlen, reduziert werden. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass IV-Renten restriktiver gesprochen werden, die Neuanmeldungen für IV-ZL sind eher rückläufig. Die Neuanmeldungen von AHV-ZL sind nun konstant. Zusatzleistungen setzen eine umfassende Prüfung der finanziellen Verhältnisse voraus, was oftmals eine Hemmschwelle bedeutet. Die Verwaltung informiert bei geeigneten Anlässen über die Anspruchsvoraussetzungen. Zusammen mit der Abteilung Gesundheit wird im März 2015 eine Studie in Angriff genommen, welche den Gesamtaufwand und dessen Folgen im Altersbereich zum Thema macht.

LG Familienergänzende Betreuung

Die Kostenbeteiligung der Eltern für den Betreuungsaufwand liegt bei hohen 75%. Dadurch ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Aufwandreduktion. Für die Finanzierung der Beträge reicht der vor elf Jahren vom Gemeinderat bewilligte Rahmenkredit von 2 Mio. Franken weiterhin. Handlungsbedarf besteht allerdings beim Bereitstellen zusätzlicher Betreuungsplätze für Kleinkinder unter 18 Monaten, gehören doch rund drei Viertel der Kinder auf der Warteliste dieser Alterskategorie an. Die neuen Richtlinien des Kantons, welche seit September gelten, sind moderater und lassen auch das Führen von Babygruppen zu.

Das Verhältnis verfügbarer Plätze zu nachgefragten Plätzen soll sich auf 90% erhöhen. Dies kann nur mit der Schaffung zusätzlicher Plätze erreicht werden. Die Stadt führt dazu Gespräche mit den FEB-Trägerschaften.

Auf der Personalebene konnte die Leitungsstelle der FEB um 20% auf neu 70% aufgestockt werden. Dies wurde unumgänglich, da sich seit 2003, als die Stelle geschaffen wurde, die zu betreuenden Trägerschaften verdoppelt haben.

LG Kindes-und Erwachsenenschutz

Uster trägt zurzeit rund 46 % der Kosten. Der Kostenverteiler orientiert sich an der Einwohnerzahl des Vorjahres.

Die Anzahl Massnahmen der Stadt Uster (Erwachsenen-und Kinderschutz zusammen) haben sich bei etwa 440 Fällen eingependelt. Die Anzahl Massnahmen der Anschlussgemeinden liegen bei rund 550 Fällen.

Im Budget 2015 sind drei neue Kennzahlen bestimmt worden (K 06 –K 08). Sie erfassen die Anzahl Verfahren, aufgeschlüsselt in Kinderschutz und Erwachsenenschutz, da pro Fall mehrere Verfahren parallel laufen können. K08 betrifft die Verfahrensvertretung für Kinder. Es ist neu gesetzlich vorgeschrieben, dass für Kinder in den Bereichen Fremdplatzierung und Besuchsrecht bei Konflikten zwischen den Eltern zwingend eine Verfahrensvertretung bestellt werden muss.

Die Zusammenarbeit mit der KESB läuft generell sehr gut.

Die Leistungsaufträge und das Globalbudget 2015 für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit wurden von der Kommission Soziales und Gesundheit einstimmig gutgeheissen.

*Für die Subkommission GF Soziale Sicherheit
Monika Fitze*

GF Gesundheit

Es referiert **Jürg Gösken**

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Im Geschäftsfeld Gesundheit wird fürs 2015 ein Globalkredit von 532 Tausend Franken beantragt. Dieser liegt damit nur unwesentlich über Budget 2014 und etwas tiefer als die Rechnung 2013. Betreffend laufender Projekte sollen die Bemühungen fürs Label Gesundheitsstadt Silber im 2015 fertiggestellt werden. Die Situation rund ums Label soll auf Ende 2015 neu bewertet werden. Viel zu reden gab in den letzten Wochen der Pilotversuch Mehrwegbecher, welcher kurzfristig auf den Ustermer Märt von letzter Woche abgesagt worden ist. Wie es damit weitergeht, ist derzeit noch unklar. Einsatzmöglichkeiten an anderen, kleineren Veranstaltungen sind jedoch mittelfristig denkbar.

Erstmals wird 2015 eine Umweltberichterstattung vorliegen, welche dann alle vier Jahre erneuert werden soll.

Das Geschäftsfeld Gesundheit umfasst auch die Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung. Die Planungen betreffend Sanierung Hauptsammelstelle und die Suche nach einem neuen Standort laufen, ebenso wie die weitere Umrüstung von Quartierssammelstellen auf Unterflur. All dies schlägt sich mit erhöhtem Investitionsbedarf in der Investitionsplanung nieder. Die Reserven in der Spezialfinanzierung nehmen aber auch aufgrund sinkender Gebühreneinnahmen ab. Dennoch ist eine Anpassung der Gebühren vorerst noch nicht erforderlich.

Schliesslich ist noch eine leichte Entlastung in der Leistungsgruppe Lebensmittelkontrolle zu erwarten. Die gesetzlichen Kontrollintervalle bei Betrieben werden 2015 verlängert, was sich aber noch nicht näher beziffern lässt.

Die Leistungsaufträge und das Globalbudget 2015 für das Geschäftsfeld Gesundheit wurden von der Kommission Soziales und Gesundheit einstimmig gutgeheissen.

*Für die Kommission Soziales und Gesundheit
Jürg Gösken*

4.17 GF Pflege, Betreuung und Alter

Es referiert **Theo Zwald**

Die Altersstrategie der Stadt Uster bewährt sich. Ein Ziel innerhalb der Altersstrategie ist es, dass man für die Herausforderungen der demographischen Alterung gewappnet ist. Die Lage in der LG Heime Uster (vorher Heime Stadt Uster), bleibt stabil, bei einer guten Bettenauslastung von 96%. Das im 2014 eingeführte Projekt der elektronischen Pflegedokumentation, soll höhere Effizienz und den Wegfall von Doppelspurigkeiten bringen. 2015 wird die Pflegedokumentation angeschafft und eingeführt. Da dank der Spitex viele Leute länger zu Hause bleiben können und viel später ins Heim eintreten, sind die Heime gefordert, ihre Angebote permanent zu überprüfen. Eine grosse Herausforderung ist, dass immer mehr ältere Menschen dement werden. Dies bedingt in Zukunft auch Anpassungen struktureller Art.

Die Nachfrage nach Spitex Leistungen ist weiter gestiegen. Ein weiteres Pflegeteam wird an der Winterthurerstrasse („Pflege West“) einziehen. Aufgrund des grossen Wachstums ist auch eine Überprüfung verschiedener Arbeitsabläufe nötig, damit ein rationeller Betrieb, gewährleistet ist.

Die Fachstelle Alter ist erfreulich angelaufen. Im Zentrum der Arbeit der Fachstelle stehen Beratung, Vermittlung etc. Die Leute können sich frühzeitig auf ihre zukünftigen Altersbedürfnisse einstellen

Globalbudget 2015 GF – Globalkredit

Fachstelle Alter: Im Budget neu einzeln aufgelistet.

LG Heime Uster und Beiträge an Heime Uster: Interne Aufwandverschiebung aufgrund der kantonalen Vorgaben der Pflege taxen. (Weniger Ertrag bei Heimen, weniger Aufwand bei den Beiträgen an die Heime Uster) Es werden 300`000.— weniger budgetiert als 2014.

Beiträge an externe Heime und an externe Spitex bleiben stabil.

Spitex: Aufgrund der stetigen Nachfrage ist eine Erhöhung von 465`000.- im Budget vorgesehen.

Gesamthaft fällt der Globalkredit GFPBA inklusive den Beiträgen der Spitäler, Heime und der Spitex mit 9`037`000.— um 172`000.- höher aus, als 2014 budgetiert.

GF – Personal (S. 0/2)

Bei der LG Heime Uster bleiben die Stellenprozente stabil.

Bei der Spitex sind 7 Stellen mehr im Budget, der Stellenplan ist jedoch variabel und wird laufend der Leistungsnachfrage angepasst (teils mit befristeten Verträgen oder MA im Stundenlohn).

Es wurde die Frage gestellt, wie es mit der Entschädigung der Berufsbildnerinnen steht. Laut Antwort des Stadtrates werden die Berufsbildner/innen der gesamten Stadt neu gleich behandelt, mit einem Punktesystem.

Die Leistungsaufträge und das Globalbudget 2015 für das GF Pflege, Betreuung und Alter wurde von der Kommission Soziales und Gesundheit einstimmig gutgeheissen.

Für die Subkommission „Pflege, Betreuung und Alter“,

Theo Zwald

4.18 GF Sport

Es referiert **Patricio Frei**

Das Globalbudget 2015 für das GF Sport liegt bei Fr. 2,636 Mio. und somit rund Fr. 79'000 unter dem Vorjahresbudget.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass das Budget aufgrund der Schliessung des Hallenbades deutlich tiefer liegen müsste. Da das Hallenbad in den Monaten Januar – Mai noch betrieben wird und sämtliche Angestellte während der Umbauphase weiter beschäftigt werden, sind die Minderausgaben im Bereich Hallenbad nicht wirklich gross.

Gewürdigt wurde insbesondere die neue übersichtlichere Aufteilung der LG.

- *LG Anlagen und Sportförderung*

Die Heizung und Warmwasseraufbereitung des Provisoriums Ersatz BZU-Turnhalle erfolgt mit Strom (Heizung der Halle optional mit Gas).

- *LG Bäder:*

Zu reden gab hier die Warmwasseraufbereitung. Eine solche Anlage für das Beckenwasser soll zur Attraktivitätssteigerung des Strandbades (insbesondere in der Früh- und Spätsaison) – und letztlich zu einem besseren Kostendeckungsgrad durch die zusätzlich erwarteten Besucher – beitragen. Während das Duschwasser des Seebades mit Sonnenkollektoren aufgewärmt wird, kommt im Dorfbad dafür ein Gas-Durchlauferhitzer zum Einsatz.

Bei der Diskussion über die Durchschnittserträge pro Gast (Indikatoren I02, I05 und I08) wurde festgestellt, dass ein Vergleich dieser Zahlen nicht möglich ist (Beim Strandbad wird das Restaurant von einem Pächter betrieben, weshalb nur ein Teil der Nettoeinnahmen in die Berechnung des Durchschnittsertrags einfließt; während der Kiosk des Dorfbades vom GF Sport betrieben wird und deshalb sein gesamter Bruttoertrag in die Berechnung des Durchschnittsertrags einfließt). Wir

werden anlässlich der nächsten Wirkungs- und Leistungsprüfung nach geeigneteren und vergleichbaren Kennzahlen suchen. Die Indikatoren I10+I11 werden in Zukunft als Kennzahlen ausgewiesen, dies wurde ja mit der Wirkungs- und Leistungsprüfung bereits so definiert.

Investitionsplanung:

Von den Fr. 12.78 Mio. des eingestellten Budgets entfallen alleine auf das Hallenbad Fr. 10 Mio., Fr. 2.4 Mio. auf Provisorium BZU-Turnhalle.

Patricio Frei

4.19 GF Sozialhilfe

Es referiert **Mary Rauber**

Bericht Geschäftsfeld Sozialhilfe Leistungsauftrag und Globalbudget 2015

Kleinkinderbetreuungsbeiträge

Nach zwei Jahren mit erheblichem zusätzlichem Aufwand für die Kleinkinderbetreuungsbeiträge, wird sich dieser reduzieren. Die vom Regierungsrat neu tiefer angesetzten Berechtigungsgrenzen sind für die laufenden Fälle am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten. Es ist nicht mit vielen Falleinstellungen zu rechnen. Pro Fall werden in der Regel jedoch vergleichsweise wesentlich tiefere Leistungen ausbezahlt.

Sozialberatung

Obwohl in der Leistungsgruppe Sozialberatung mit einer leichten Zunahme der Fälle zu rechnen ist, wird nicht mit einer kostenmässigen Steigerung gegenüber dem Budget 2014 gerechnet. In den Monaten Juni und Juli 2014 hatten wir eine tiefe Arbeitslosenquote: sie lag unter drei Prozent. Auch bei einer Abschwächung der Konjunktur, mit mehr Arbeitslosen, wird sich das nicht sofort auf die Sozialhilfe auswirken, weil für das erste Jahr der Arbeitslosigkeit zuerst die Arbeitslosenkasse aufkommt.

Die engmaschige Begleitung der Sozialhilfebeziehenden und Zuweisung in Tagesstrukturen erweist sich als präventiv und kostenmindernd.

Asyl- und Flüchtlingswesen

Die Kostensteigerung im Asyl- und Flüchtlingswesen hat damit zu tun, dass die Anzahl der Personen mit N Ausweis, sehr rasch den Status N verlieren und den Status F (vorläufig Aufgenommene) erhalten. Damit geht der Stadt Uster der Kopfbeitrag für Betreuung verloren, weil diese Personen dann über die Sozialhilfe laufen. Das verteuert die Kosten für die LG Asyl- und Flüchtlingswesen.

Globalkredit GF Sozialhilfe

Es wird mit einem Gesamtaufwand von Fr. 9'324'000.- gerechnet. Fr. 20'000.- mehr als im Voranschlag 2014, aber Fr. 326'000.- weniger als in der Rechnung 2013.

Die Leistungsaufträge und das Globalbudget 2015 für das Geschäftsfeld Sozialhilfe wurde von der Kommission Soziales und Gesundheit einstimmig gutgeheissen.

Mary Rauber

4.20 GF Primarschule

Es referiert **Marianne Siegrist**

Einleitung

Das Globalbudget der Primarschule beträgt 36'752 Mio. und fällt um 172'000 Franken höher aus als das Budget 2014. Dies entspricht einer Budgeterhöhung von 0,46 Prozent. Das Budget wurde auf einer eher restriktiv eingeschätzten Schülerzahlprognose gerechnet.

Wichtige Projekte: Ausbau der Tagesstrukturen, Neulancierung des Projekts „Gebundene Tagesschule“ auf das SJ 2015/2016, Neupositionierung der HPSU im Bezirk, Neubau Schulhaus Krämeracker.

Der Personalbedarf wird aufgrund der erwarteten Schülerzahlen hochgerechnet.

Die Vollzeiteinheiten für den Regelunterricht, die Pensen für die Frühförderung sowie die Ressourcen für die Sonderschulung werden vom Kanton vorgegeben.

Investitionen

Der Kreditantrag für den Pavillon Niederuster ist auf Januar geplant. Eventuell kommt ein Kreditantrag für die Sanierung der Turnhalle Gschwader.

LG Regelunterricht

Vom Kanton vorgegebene Lohnerhöhungen ergeben Mehrkosten von rund 350'000 Franken.

Die Anzahl der Lehrpersonen pro Klasse konnte reduziert werden, die kommt einem Wunsch des Gemeinderates entgegen. Dieses Ziel konnte erreicht werden, indem Neueinstellungen schuleinheitsübergreifend erfolgten.

Der administrative Aufwand für die Schulverwaltung bleibt mit der Kantonalisierung aller Lehrpersonen gleich. Nach wie vor müssen alle Daten von den Gemeinden erfasst und weiter geleitet werden.

LG Tagesstrukturen/Zusatzunterricht

Die budgetierten Kosten dieser Leistungsgruppe bewegen sich rund 200'000 Franken unter dem letztjährigen Budget.

Das Anbieten von Hortplätzen ist ein gesetzlicher Auftrag. Aufgrund der steigenden Nachfrage wurde ein neuer Kreditantrag an den Gemeinderat gestellt.

Der angestrebte Kostendeckungsgrad von 50 Prozent wird vor allem durch eine höhere Auslastung der Betreuungsgruppen erreicht. Die geplanten höheren Tarife werden in kleinerem Mass dazu beitragen.

Bei der als Pilotprojekt geplanten Tagesschule wird mit drei Klassen gerechnet. Die Kosten für den Regelunterricht sind in der LG Regelunterricht budgetiert, die Betreuungskosten in der LG Tagesstrukturen. Zukünftig sollen die Betreuungskosten der Tagesschule separat aufgeführt werden.

LG Sonderpädagogik

Der budgetierte Betrag von rund 9 Mio. entspricht dem Budget von 2014.

Der Schulpsychologische Dienst wurde ins GF Koordination Bildung verlagert.

*Beim Indikator I 03 werden die Zusatzkosten für den Integrativen Unterricht aufgeführt, d.h. Kosten die **zusätzlich** zu den Kosten des Regelunterrichts anfallen. Dieser Indikator soll zukünftig präzisiert werden.*

Darüber, ob die integrative Sonderschulung Früchte trägt, kann noch keine Aussage gemacht werden. Die Erfahrung von zwei Jahren ist zu kurz.

LG Heilpädagogische Schule

Die Entwicklung, bzw. allfällige Neupositionierung wird in einem Projekt, zusammen mit den angegliederten Schulgemeinden erarbeitet. Zu gegebener Zeit wird darüber informiert werden.

Die Kosten der Ustermer Schüler, die die HPSU besuchen, laufen über die LG Sonderpädagogik. Die angegliederten Gemeinden bezahlen kostendeckende Beiträge, deshalb ist der Globalkredit Null.

Anträge

- a) *Im GF Primarschule sollen 500'000 Franken eingespart werden, mit dem Schwerpunkt Tagesschule und Schulsozialarbeit. Dieser Antrag wurde mit **3:6 Stimmen abgelehnt**. In der RPK wurde der revidierte Kürzungsantrag von 300'000 Franken mit **Stichentscheid der Präsidentin angenommen**.*
- b) *Die Investitionen für den Pausenplatz im Schulhaus Gschwader sind vorzuziehen und bereits im 2015 anstatt erst im 2017 einzustellen. Dieser Antrag wurde mit **4:5 Stimmen abgelehnt**.*
- c) *Bei den Investitionen sind für die Aufwertung der Aussenräume (Projekt Lebensraum Schule) ab 2015 bis 2018 jedes Jahr 100'000 Franken eingestellt. Für die Tranchen von 2016-2018 soll ein Rahmenkredit beim Gemeinderat eingeholt werden. Das Projekt für 2015 soll als Pilotprojekt ausgeführt werden. **Abgelehnt mit 4:5 Stimmen**.*
- d) *Dem Antrag, den Indikator I 01 in der LG Regelunterricht DAZ Wochenstunden sollen von 0,5 auf 0,75 erhöht werden, wurde mit **5 : 4 Stimmen zugestimmt**. In der RPK wurde der Antrag konkretisiert: D.h. die Kosten von 311'000 Franken fallen in der LG Sonderpädagogik an. Der Antrag wurde in der RPK mit **Stichentscheid der Präsidentin abgelehnt**.*

*Das Globalbudget 2015 des GF Primarschule wurde einstimmig mit **9 : 0 Stimmen genehmigt**.*

Der Antrag betreffend Voranschlag 2015 und Finanzplanung 2016-2018 für das GF Primarschule wird ebenfalls einstimmig genehmigt.

Marianne Siegrist

Anita Borer

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Damen und Herren*

*Die SVP-/EDU-Fraktion stellt den **Antrag**, im Geschäftsfeld Primarschule **CHF 300'000 einzusparen**. Es fällt auf, dass in den letzten Jahren im Geschäftsfeld Primarschule insbesondere die Ausgaben für Projekte ansteigen, welche nicht direkt den Schulunterricht, sondern das ganze „Drumherum“ betreffen.*

*So ist das auch bei der aktuell viel beworbenen **Tagesschule**. Sie SVP-/EDU-Fraktion wehrte sich von Anfang an im Gemeinderat gegen die Tagesschule. Die Argumentation der SVP ist noch heute aktuell: Hinter der Tagesschule steckt ein pädagogisches Konzept mit **altersdurchmischem Lernen**, welches von einem Grossteil der Eltern nicht unterstützt wird. Deshalb gingen bis anhin auch nur wenige Anmeldungen ein.*

Damit „altersdurchmisches Lernen“ funktioniert, müssen die Klassen sehr klein gehalten werden. Die vom Kanton bewilligten Lehrerstellen bleiben demgegenüber konstant, sodass dadurch die

Regelklassen mit mehr Schülern belastet werden. Mit der Tagesschule wird zudem vermieden, dass Eltern private Angebote nutzen bzw. untereinander die Kinderbetreuung **eigenverantwortlich und ohne staatliche Unterstützung** organisieren.

Auch erwähnenswert ist das **Thema Schulraum**: Warum dieses Modell auf Biegen und Brechen so kurzfristig aus dem Boden stampfen, wenn sich Schulraumknappheit am geplanten Standort Niederuster abzeichnet? Mit dem Neubau Schulhaus Krämeracker hätte man per Schuljahr 18/19 eine Entspannung der momentanen Platzknappheit. Diese überstürzte Aktion ist nicht verantwortbar.

Ein weiteres Thema sind die **Kosten**: Im Gemeinderat wurden 2013 einmalige Kosten von CHF 50'000.00 und jährlich wiederkehrende Kosten von CHF 106'000.00 (A175A vom 06.06.2013) für das Projekt Tagesschule bewilligt.

Die nun in Aussicht gestellten Kosten sind aber bereits höher. Seit der Genehmigung durch den Gemeinderat **kostete die Tagesschule CHF 54'000**. Per August 2015, also für ein halbes Jahr, sind **CHF 107'000.00 (exkl. Schulbetrieb) und Investitionen von CHF 110'000.00** eingeplant. Fürs Jahr 2016, dann eine ganzjährige Budgetierung, sind demnach noch höhere Ausgaben zu erwarten. Dazu kommen noch Werbeausgaben, welche bisher nicht im Budget der Tagesschule aufgeführt sind.

Wenn man berücksichtigt, dass Mobiliar angeschafft, Lehr-/Betreuungspersonal auf das neue Konzept ausgebildet, eine Leitung bezahlt und viel Geld für Werbung ausgegeben wird (wie bereits erwähnt: Werbekosten sind nicht ausgewiesen), dann kann mit dem Verzicht auf die Tagesschule ohne Zweifel viel Geld gespart werden.

Es ist einfach so – das bis anhin **praktizierte Angebot für Tagesstrukturen deckt die Bedürfnisse der Bevölkerung ab**. Im nächsten Jahr wird bereits eine **nächste Erhöhung** der Ausgaben für die Tagesstrukturen auf 6.2 Millionen Franken (jährlich wiederkehrend) beantragt. Wird dieser Antrag genehmigt, so wachsen die Ausgaben im Bereich schulergänzende Betreuung überdurchschnittlich an.

Ganz allgemein gilt: Der **Schwerpunkt der Primarschule muss auf der Bildung** der Schülerinnen und Schülern liegen und auf das unverantwortbare Luxusprojekt Tagesschule ist zu verzichten. In Anbetracht der prognostizierten Ausgaben der nächsten Jahre und unter Berücksichtigung der anderen Geschäftsbereiche kann es nicht sein, dass die Kosten des GF Primarschule immer weiter ansteigen, ohne der Hauptaufgabe der Schule – der Wissensvermittlung – zu Gute zu kommen.

Kathrin Agosti

Herr Präsident
Geschätzte Anwesende

Uster wächst und wir möchten eine attraktiver Wohnort für Familien mit Kindern sein. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in unseren Schulen nimmt zu. Beim Globalkredit für das Geschäftsfeld Primarschule ist aber praktisch der gleiche Betrag budgetiert. Da kann man doch nicht davon reden, dass wir immer mehr Ausgaben haben für die Primarschule. Der unspezifische Antrag der SVP/EDU-Fraktion, beim Geschäftsfeld Primarschule eine halbe Million einzusparen, ist für uns deshalb überhaupt nicht nachvollziehbar. Wir bitten Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Bildung ist der falsche Ort um zu sparen.

Zum Thema Tagesschule nur ganz kurz: Die Ustermer Eltern haben sich bei der Bedarfsabklärung für eine Tagesschule ausgesprochen, der Gemeinderat hat deren Einführung beschlossen. Es kann doch nicht sein, dass wir bei den ersten Umsetzungsschwierigkeiten schon einen Rückzieher

machen und das ganze wieder in Frage stellen. Tagesschule ist ein zukunftsweisendes Projekt, vor allem auch aus pädagogischer Sicht. Als drittgrösste Stadt im Kanton können wir uns diesen Entwicklungen nicht einfach verschließen. So wie die Primarschule die Einführung der Tagesschule nun aufgegleist hat, sind wir überzeugt, dass sie ab dem nächsten Schuljahr erfolgreich starten kann.

Dem Antrag aus der KBK zur Erhöhung des DaZ-Stunden (Deutsch als Zweitsprache) bitte ich Sie zuzustimmen. Uster macht gegenwärtig beim DaZ Unterricht nur das Minimum, das der Kanton vorgibt. Damit stehen den Schulen zu wenige Ressourcen zur Verfügung, um den Kindern, die es brauchen, innert nützlicher Frist Deutsch beizubringen. Das Problem wird verstärkt, weil der Bedarf zum Teil auch unter dem Schuljahr sehr schnell wechselt, weil zum Beispiel Flüchtlingskinder zuziehen. Die knappen Ressourcen können deshalb nicht immer optimal verteilt werden.

Wenn die Kinder nicht genügend schnell Deutsch lernen, hat das aber Konsequenzen. Sie können nicht einfach nur schlechter Deutsch, sondern sie kommen auch in allen andern Fächern nicht nach. Wie soll man in Mathematik eine „Sätzlaufgabe“ lösen, wenn man nicht Deutsch kann? Die deutsche Sprache ist das Lernmedium, mit dem Wissensinhalte transportiert werden. Wenn die Kinder die sprachlichen Fähigkeiten nicht haben, kann die Schule ihre Kernaufgabe nicht erfüllen (und diese Aufgabe soll sie ja auch gemäss dem SVP/EDU-Spar-Antrag eben gerade erfüllen).

Wenn man nicht die gleiche Sprache spricht, kann man sich auch nicht in eine Gruppe integrieren. Die Gefahr von Verhaltensauffälligkeiten erhöht sich. Sie sehen, es gibt einen ganzen Rattenschwanz von Problemen. Fakt ist, es werden heute unnötig Ressourcen von IF- und Regellehrpersonen benötigt, nicht weil die Kinder einen speziellen Förderbedarf hätten, sondern weil sie die Sprache nicht genug können. Diese Ressourcen fehlen aber an andern Orten.

Mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Anzahl auf 0.75 Wochenlektionen/Schulkind und der Erhöhung des Globalkredits Sonderpädagogik um Fr. 311'000 ermöglichen wir es der Primarschule, den Kindern innerhalb einer sinnvoller Frist die sprachlichen Fähigkeiten zu vermitteln, damit sie dem Unterricht folgen können und die Lernerfolg zu haben, zu denen sie fähig sind. Erst damit erfüllen wir allen Kindergarten- und Schulkindern gegenüber unseren Bildungsauftrag. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

Kathrin Agosti

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Ich kann hier eigentlich nur wiederholen, was wir vor zwei Jahren in diesem Saal schon mal erläutert haben: Das Verständnis der deutschen Sprache ist absolut zentral, um dem Unterricht in den Regelklassen folgen zu können. Mangelt es bei einzelnen Schülern am Sprachverständnis, erschwert dies den Unterricht der ganzen Klasse. Meine Beobachtungen während etlicher Schulbesuchsmorgen in den letzten Jahren können dies klar bestätigen.

Die fremdsprachigen Kinder sollen so schnell, so gut und so früh als möglich Deutsch lernen, damit sie dem Unterricht folgen können. Das dient der Integration der betroffenen Kinder, erleichtert den Unterricht für alle Kinder und die Lehrer, und nützt somit auch den deutschsprachigen Kindern.

Unsere Fraktion ist grossmehrheitlich für die Erhöhung der Anzahl Wochenlektionen DaZ pro Schulkind.

Das Budget der Primarschule ist bekanntlich zu annähernd 100% durch kantonale Vorgaben bestimmt. Der Spielraum, den unsere Schulpflege hat, ist sehr klein und liegt sicher weit unterhalb dem vorgegebenen Betrag von CHF 300'000.

Kürzungen wie gefordert bei der Tagesschule sind im Budgetprozess nicht möglich, da der Gemeinderat der Primarschule an der Sitzung vom 2. September 2013 den Auftrag zur Führung einer Tagesschule mit 20 : 11 Stimmen erteilt hat. Die Tagesschule hat bereits etliche Anmeldungen und wird im August 2015 ihren Betrieb aufnehmen, auch wenn dies einigen Exponenten hier im Rat offensichtlich nicht in den Kram passt.

Gestrichen werden könnten wie Beispiele in benachbarten Gemeinden zeigen noch Skilager, Freifachkurse oder Projektwochen. Finanziell gibt das aber nicht viel her.

Aber wollen wir unseren Kindern auch noch die allerletzte Abwechslung vom trockenen Schulalltag wegekürzen? Unsere Fraktion ist der Ansicht nein und wird deshalb den vorliegenden Antrag mit Überzeugung ablehnen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Zu den wichtigsten und wertvollsten Aufgaben im Kompetenzbereich einer Gemeinde gehört die Bildung. Das bestätigt nicht zuletzt ein Blick in das vorliegende Budget.

Und es gehört nun mal zu den Aufgaben unserer Schule, einen Beitrag zur Integration zu leisten. Diesen Beitrag aber kann sie nicht leisten, wenn eine Verständigung nicht möglich ist. Die Grundlage ist eine gemeinsame Sprache. Im Kanton Zürich hat rund ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler eine andere Erstsprache als Deutsch; rund 1000 Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse treten pro Jahr während der Schulzeit in die Volksschule ein. Deshalb ist es das Naheliegendste, diesen Kindern mit dem DaZ einen Zugang zur deutschen Sprache zu ermöglichen.

Bessere Deutschkenntnisse vereinfachen es den Kindern im Regelunterricht zu folgen. Dadurch werden die Hauptlehrpersonen entlastet und Störungen nehmen ab. So profitieren letztlich alle vom DaZ – auch die übrigen Schülerinnen und Schüler.

DaZ vereinfacht fremdsprachigen Kindern nicht nur den Einstieg in die Schulzeit. DaZ ermöglicht ihnen auch, sich als Teil unserer Gesellschaft wahrzunehmen.

Mit dem GF Primarschule betreiben wir Bildungspolitik und nichts anderes. Wir Grünen sind froh, wenn die Kürzung beim DaZ wieder rückgängig gemacht wird und unterstützen den Antrag zur Erhöhung der DaZ-Stunden.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Schulpräsidentin Patricia Bernet ergreift das Wort. Sie bittet darum, dem Antrag um Erhöhung des DAZ-Unterrichts zu unterstützen. Es geht darum, dass die Kinder so schnell wie möglich Deutsch lernen, es geht nicht nur um die Sprache, es geht auch um den Kulturschock der Betroffenen und die oftmals vorhandenen Traumas.

Ob die Tagesschule gut ist oder nicht, darüber scheiden sich die Geister, auch über altersdurchmisches Lernen, aber das Projekt ist seit zwei Jahren geplant. Die Umfrage bei den Eltern ist positiv, es gibt bis jetzt 14 Anmeldungen, die Tagesschule kommt also sicher zustande.

Gabriela Seiler irritiert die Aussage von Patricia Bernet zum DAZ-Antrag, zumal Cla Famos eingangs der Sitzung verlauten liess, dass der Stadtrat sämtliche Anträge ablehnen wird, also kann sie als Stadträtin nicht dafür sein.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmungen

Antrag aus der Rechnungsprüfungskommission

Der Globalkredit sei um CHF 300'000 zu kürzen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 11 : 21 Stimmen

der Kürzungsantrag ist abgelehnt.

Antrag

Der Indikator I 01 (Wochenstunden DaZ pro Schulkind) sei auf 0,75 Lektionen heraufzusetzen und der Globalkredit des LG Regelunterricht um den entsprechenden Betrag zu erhöhen. Erhöhung des Globalkredites um CHF 311'000.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 16 Stimmen

den Antrag ist angenommen.

5 Investitionen des Voranschlages 2015

Es werden keine Wortmeldungen erwünscht.

Patrick Wolfensberger gibt die aufdatierten Zahlen bekannt:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Laufende Rechnung des Voranschlages 2015 der Stadt Uster mit einem Aufwand von 233'058'302 Franken, einem Ertrag von 230'197'182 Franken und einem Aufwandüberschuss von 2'861'120 Franken wird genehmigt.

Die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens des Voranschlages 2015 der Stadt Uster mit 32'440'000 Franken werden genehmigt.

Die Nettoinvestitionen des Finanzvermögens des Voranschlages 2015 der Stadt Uster mit 770'000 Franken werden genehmigt.

6 Festsetzung des Steuerfusses 2015

Der Steuerfuss liegt gegenwärtig bei 91%. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, diesen beizubehalten.

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Wir Grünen wollen keine Stadt, in der kleinkrämerisch über 60'000 Franken für ein Spielmobil gestritten wird, die der Stadtbibliothek jedes Jahr das Budget kürzt und DaZ-Stunden zusammenstreicht.

Wir wollen keine Stadt, die das Nettovermögen pro Einwohner so rasant reduziert wie es selbst der Stadtrat seinen finanzpolitischen Zielen nicht vorsieht.

Wir wollen keine Stadt, die für eine ausgeglichene Rechnung ihr Land verkauft, aber kein Geld hat, um neue Grundstücke zu erwerben, weil sie gemäss Stadtrat zu teuer seien.

Wir wollen keine Stadt, die über Jahre nötige Investitionen zur Werterhaltung verschiebt und damit unnötige Folgekosten verursacht.

Wir wollen keine Stadt, deren hervorragendste Attraktion offenbar ein tiefer Steuerfuss sein soll.

Kurz: Wir Grünen wollen weder ein Prix Garantie- noch ein M-Budget-Uster. Es dörf scho es bitzeli meh sii!

Was wir Grünen unter anderem wollen, ist eine Stadt, die sich mit allem Nachdruck für eine nachhaltige Entwicklung einsetzt.

Wir wollen eine Stadt, die für eine gute soziale Durchmischung sorgt; also ein Uster, das sich mindestens ebenso für den gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzt wie für den Artenschutz der lokalen Baulöwen.

Wir wollen eine Stadt, in der Zweirad- und Fussgängerverkehr Priorität haben.

Wir Grüne wollen eine Stadt, die den Nachhaltigkeitsartikel unserer Gemeindeordnung ernst nimmt und den CO₂-Ausstoss auf Stadtgebiet konsequent und kontinuierlich reduziert.

Wir wollen eine Stadt, die sich weiterhin finanzpolitischen Handlungsspielraum erhält.

Aus all diesen Gründen beantragen wir eine moderate Erhöhung des Steuerfusses um 2%.

Das trägt dazu bei, unsere finanzpolitische Zukunft zu sichern. Die grossen Investitionen der kommenden Jahre können so besser verkraftet werden und unsere Stadt muss sich weniger verschulden. Und zu guter Letzt ist diese Erhöhung für alle verkraftbar.

Stimmen Sie der Erhöhung des Steuerfusses auf 93% zu!

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Antrag:

Der Steuerfuss sei auf 93 % anzuheben.

Bruno Modolo

Steuerfuss 2015

Die Steuerbelastung ist unseren mündigen Bürgern und Einwohnern von Uster nicht gleichgültig. Der Steuerfuss hat psychologische Wirkung. Ein tiefer Steuerfuss ist ein wesentlicher Faktor der Wohnzufriedenheit unserer Ustermer Bevölkerung.

Eine hohe Fiskalbelastung beraubt unseren Wohn- und Wirtschaftsstandort der Vorteile und wirkt als Wirtschaftsbremse. Für Uster ist daher der Privatkonsum eine wichtige Stütze der Wirtschaft und des Ustermer Gewerbes.

Wir stehen hinter dem finanzpolitischen Ziel Nr. 4 des Stadtrates, welches lautet:

„Die Stadt Uster weist einen stabilen und attraktiven Steuerfuss in der Nähe des kantonalen Mittels aus.“ D.h. unser Wohn- und Wirtschaftsstandort darf nicht mit einer hohen Fiskalbelastung der Vorteile beraubt werden. Wir wollen die Wirtschaftsdynamik in Uster erhalten.

Für die SVP/EDU-Fraktion liegt das eigentliche Problem in den ständig steigenden und überbordenden Ausgaben und nicht in den Einnahmen bzw. im Steuerfuss. Die Ausgaben haben sich nach den Einnahmen zu richten.

In diesem Sinne unterstützt die SVP/EDU-Fraktion die Beibehaltung des Steuerfusses 2015 bei 91 % des einfachen Staatssteuerertrages und lehnt eine Erhöhung strikte ab.

SVP/EDU-Fraktion

Bruno Modolo, Fraktionspräsident

Bruno Modolo verlangt die Abstimmung über den Steuerfuss unter Namensaufruf.

Markus Wanner

Auch wir Linke könnten uns während der Adventszeit schöneres vorstellen als über Steuern zu diskutieren. Trotzdem unterstützten wir diese Forderung.

Eine Steuerfusserhöhung um 2% würden den Finanzhaushalt um rund CHF 2 Mio. entlasten, da die Stadt Uster bei einer Erhöhung des Steuerfusses auch mehr Finanzausgleich erhalten würde.

5 Gründe sprechen für eine Steuerfusserhöhung:

- 1. Die Finanzplanung zeigt in den nächsten Jahren Defizite. Es handelt sich also nicht um einen einmaligen Ausrutscher, den wir uns ohne weiteres leisten können.*
- 2. Wir stehen hinter den geplanten Investitionen. An diesen wollen wir festhalten. Diese wollen wir finanzieren können.*
- 3. Der Aufwand wurde im Voranschlag 2015 bereits um CHF 1.5 Mio. reduziert. Ein ausgeglichener Finanzhaushalt kann man aber nicht erreichen, indem man nur einseitig die Ausgaben reduziert. Nachhaltiger und vorausplanender ist auch eine Anpassung der Erträge.*
- 4. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Uster schätzen Uster nicht nur wegen der Lage am See oder den schnellen Verbindungen mit der S-Bahn nach Zürich. Sie schätzen Uster, weil sie ein Angebot vorfinden in den Bereichen Bildung, Sport, Kultur, Gesundheit und Alter, das ihren*

Bedürfnissen entspricht. Und sie sind bereit, diese Angebote in Form von Steuern zu finanzieren.

5. *Im Vergleich zu anderen Städten haben wir in Uster mit 109%, oder 111% oder 113% immer noch einen Steuerfuss im mittleren Bereich. Dieser mittlere Steuerfuss zeigt auch, dass wir uns in Uster keinen Luxus leisten. Wir leisten uns Angebote, welche für eine Stadt wie Uster angemessen sind. Und diese Angebote wollen wir nicht später streichen, nur weil wir jetzt nicht bereit sind, die Weichen richtig zu stellen.*

Matthias Bickel führt aus, dass die FDP den Erhöhungsantrag nicht unterstützt.

Cla Famos ergreift das Wort. Uster steht mit rund CHF 2000 im Nettovermögen da, Winterthur hingegen weist auf eine Nettoschuld von CHF 7000 pro Einwohner aus. Man ist auf Steuerzahler angewiesen, die woanders mehr zahlen müssten, 30 % der Bevölkerung müssen nichts bezahlen. Alles pocht auf eine Beibehaltung des gegenwärtigen Steuerfusses.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Die beiden Anträge, der stadträtliche wie der Antrag der Grünen werden gegeneinander ausgemacht.

Ausmarchung der beiden Anträge

Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 23 : 11 Stimmen.

Bruno Modolo zieht seinen Antrag (Abstimmung unter Namensaufruf) zurück.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 0 Stimmen

Der Steuerfuss 2015 zur Deckung des Aufwandes des Politischen Gemeindegutes wird auf 91 % (91 %) des einfachen Steuerertrages festgesetzt.

7 Schlussabstimmung

Weisung Nr. 2/2014

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

Die Leistungsaufträge 2015 – 2018 und Globalbudgets 2015 der Geschäftsfelder Steuerung und Führung, Bürgerrecht und Dienste, Kultur, Finanzen, Liegenschaften, Infrastrukturbau und Unterhalt, Stadtraum und Natur, Hochbau und Vermessung, Koordination Bildung, Sicherheit, Publikumsdienst, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Pflege Betreuung und Alter, Sport , Sozialhilfe und Primarschule sowie des LA Parlamentarische Dienste werden mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen und Anpassungen und der Laufenden Rechnung 2015 genehmigt.

Weisung Nr. 14/2014

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

Der Voranschlag Finanzplanung 2015 inkl. Investitionen wird genehmigt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 19. Januar 2015 statt.

Schluss der Sitzung

22.30 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Walter Meier

Datum

Die Stimmzähler

Marianne Siegrist

Kathrin Agosti

Bruno Modolo